IMT Nuremberg Archives

H – 2523

International Court of Justice

H2523 – 0001

DIE NEUE ZEITUNG

EINE AMERIKANISCHE ZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE BEVÖLKERUNG

1. JAHRGANG / NUMMER 10 — 18. NOVEMBER 1945 — PREIS 20 PFENNIG

H2523 – 0002

Interview mit Tschiangkaischek

Die schweren Zusammenstöße zwischen den Truppen der Zentralregierung und den chinesischen Kommunisten insbesondere im Innern der Mongolei sowie Landungen der Truppen Tschiangkaischeks in Tschingtau und der Beginn einer kommunistischen Offensive in der Provinz Sueyuan lenken die Aufmerksamkeit neuerlich auf die Politik der chinesischen Regierung. Am 20. November tritt eine Konferenz zusammen, an der unter Vorsitz Tschiangkaischeks 8 Regierungsvertreter, 7 Kommunisten, 9 Mitglieder der demokratischen Liga, 5 Vertreter der Jugendpartei und 9 Parteilose teilnehmen. Die amerikanische Wochenschrift „Colliers" hat Generalissimus Tschiangkaischek neun Fragen vorgelegt, die auf die gegenwärtigen Probleme Bezug haben. Wir veröffentlichen im folgenden die Antworten Tschiangkaischeks auf diese neun Fragen, die uns aus New York gekabelt werden:

*

Erstens: Das höchste Ziel der chinesischen nationalen Revolution war die Errichtung eines einheitlichen, freien und unabhängigen China. Die nationale Uneinigkeit, eine Folge des dauernden Bürgerkrieges unter der damaligen Regierung von Peking, dauerte von 1912 bis 1928, als es der nationalen Regierung gelang, die nordische Expedition abzuschließen und das ganze Land zu einigen. Augenblicklich gibt es nur ein Hindernis der Einigung, und das besteht darin, daß die kommunistische Partei und ihre Truppen sich weigern, die Befehle der nationalen Regierung anzunehmen. Ich habe aber immer den Standpunkt vertreten, daß das chinesische kommunistische Problem ein politisches Problem ist, und auf politischem Wege gelöst werden muß. Die Regierung hat meinen Standpunkt geteilt und wiederholt in Verhandlungen mit der kommunistischen Partei freizügige Kompromißangebote gemacht. Die Regierung wird diese Politik fortsetzen und alles versuchen, um zu einer politischen Lösung zu gelangen. Wenn die chinesische kommunistische Partei die Interessen des Landes wirklich am Herzen trägt, dann sehe ich optimistisch für eine Einigkeit in China.

Zweitens: Um ihren ursprünglichen Plan, eine wahre Demokratie zu etablieren, in die Wirklichkeit umzusetzen, will die nationale Regierung alles tun, um der Nationalversammlung jede Möglichkeit zu geben, alle politischen Parteien im Lande zu vertreten. Sobald die verfassungsmäßige Regierung eingesetzt ist, werden alle politischen Parteien als legal erklärt werden und volle Gleichheit genießen.

Drittens: Die zweite Hälfte des Entwurfes der Verfassung vom 5. Mai 1936 sieht eine Gewährleistung der Freiheit der Rede, der Schrift, der Veröffentlichung sowie der Versammlungen und der Vereinsgründung vor. Dieser Verfassung Leben zu verleihen, war immer die Absicht der Regierung. Sobald die Periode politischer Bevormundung vorbei ist, was bald geschehen soll, wird der Kuomintang die souveränen Rechte dem Volke zurückgeben. Dies bedeutet das Ende der Herrschaft einer einzigen Partei und die Ausführung des Artikels 2 des ersten Teiles unserer Verfassung, der besagt, daß die „Souveränität der chinesischen Republik bei der Gesamtheit ihrer Bürger" liegt.

Viertens: Um die Wirksamkeit der Regierung und die Ehrlichkeit der Verwaltung sicherzustellen, ist im Jahre 1941 ein Untersuchungskomitee eingesetzt worden. Das Kontrollkomitee hat in der jüngsten Vergangenheit über eine Reihe von Korruptionsfällen, von Unterschlagungen und von Verwaltungsvergehen verhandelt und damit die Absichten der Regierung unterstrichen, eine unehrliche und unwirksame Verwaltung mit der Wurzel auszurotten.

Fünftens: Die Agrarpolitik Chinas beruht auf den drei Prinzipien des Volkes und beabsichtigt den Lebensstandard der Bauern zu heben, das Bodenproblem zu lösen und den Wunsch in die Tat umzusetzen, daß der Bauer das Land besitze, das er bebaut. China will aber auch moderne technische Mittel anwenden und die landwirtschaftliche Produktion so erhöhen, daß sie den industriellen Bedürfnissen Genüge tut.

Sechstens: Die industrielle Entwicklung im Nachkriegschina wird sich sowohl auf privates Unternehmertum wie auf Staatsunternehmertum stützen. Der höchste Verteidigungsrat hat beschlossen, daß Staatsmonopolien nicht zu zahlreich sein dürfen. Solche Staatsmonopolien sind Post, Arsenale, das Münzwesen, die wichtigsten Eisenbahnen und große Wasserkraftwerke. Dem Privatkapital steht es frei, sich an jedem dieser Staatsmonopole zu beteiligen. „Geplante freie Wirtschaft" — das ist, in wenigen Worten ausgedrückt, das Ziel des chinesischen Wirtschaftsaufbaues.

Siebentens: Das politische Programm des Kuomintang sieht gleiches Recht für alle rassischen Gruppen vor. Dies ist auch einer der Leitsterne des „Prinzips der Demokratie" von Sun-Yat-Sen. Wir sind stolz darauf, daß in China niemals eine rassische Minoritätengruppe mißhandelt worden ist.

Achtens: Zu unserem Verhältnis zu der Sowjetunion ist zu sagen, daß die Sowjetunion es war, die als erster Staat ihre exterritorialen Rechte in China aufgab. Unmittelbar nach Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges haben wir 1937 mit Rußland einen Nichtangriffspakt geschlossen. In den ersten Phasen dieses achtjährigen Krieges haben uns die Sowjets mit Material, Ratgebern und freiwilligen Fliegern wesentlich geholfen. Die Besprechungen im Juli zwischen Dr. Soong und Generalissimus Stalin waren freundlich und zufriedenstellend. Dr. Soong und Dr. Wang Shy-chieh, der neue Außenminister, haben nach der Potsdamkonferenz Rußland wieder besucht. Der Vertrag hat die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern noch weiter gestärkt.

Neuntens: Nach acht Jahren harten Kampfes und feindlicher Blockade steht China vor großen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten. Wir brauchen Hilfe. Eine solche Hilfe wird nicht nur zum Funktionieren der Verwaltung beitragen, sondern auch entscheidend für die Lösung jener Probleme sein, die durch die Niederlage Japans hervorgerufen worden sind.

Atombombe und Vereinte Nationen

Veröffentlichung des britisch-amerikanischen Planes — Internationale Sonder-Kommission vorgesehen

NZ WASHINGTON, 18. November

Die Besprechungen zwischen Präsident Harry S. *Truman*, dem britischen Premierminister Clement R. *Attlee* und dem kanadischen Ministerpräsidenten Mackenzie *King* über die Frage der Atombombe sind *abgeschlossen* worden. Am 15. November wurde eine *Dreimächte-Erklärung* über das erzielte Übereinkommen veröffentlicht. Danach werden die Einzelheiten über die Herstellung der Atombombe unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit den einundfünfzig Mitgliedern der *Vereinten Nationen* mitgeteilt werden. Gleichzeitig soll eine Kommission der Vereinten Nationen eingesetzt werden, die Vorschläge über die Abschaffung der Atomenergie für Zwecke der Zerstörung und über ihre Verwendung für industrielle und humanitäre Zwecke zu unterbreiten hat. Die Bildung des Ausschusses für Atomenergie soll, wenn irgend möglich, den beteiligten Regierungen noch vor der ersten Vollversammlung der Vereinten Nationen, also vor Januar 1946, übermittelt werden.

Mitteilung an andere Mächte

Die Dreimächte-Erklärung wurde zuerst telegraphisch an *Rußland, Frankreich* und *China* weitergeleitet. Sie wurde in Washington von Präsident Truman auf einer Pressekonferenz verlesen, an der auch Premierminister Attlee, Ministerpräsident Mackenzie King sowie eine Anzahl führender Senatoren und hoher Beamter teilnahmen. Zugleich wurde die Erklärung in London im Unterhaus durch Herbert Morrison, den Stellvertreter des britischen Premierministers, bekanntgegeben.

Attlee und Mackenzie King reisten am 16. November nach Kanada ab. Am 19. November wird Premierminister Attlee im kanadischen Parlament sprechen. Daraufhin wird er sich nach London zurückbegeben, um hier an der zweitägigen Debatte über Außenpolitik teilzunehmen, die am 22. November eröffnet werden wird. Im Rahmen dieser Aussprache wird Attlee über seine Besprechungen berichten. Außenminister Ernest Bevin wird eine Erklärung über die allgemeine politische Lage abgeben. Winston Churchill und der frühere Außenminister Anthony Eden werden für die Opposition sprechen. Die Debatte wird auch alle jene Probleme umfassen, die sich aus dem Mißerfolg der Beratungen der fünf Außenminister in London ergeben haben.

Außenminister James *Byrnes* sprach bei einem Besuch seiner Geburtsstadt *Charleston* über die Gefahren des Atom- und Bakterienkrieges. Er erklärte, daß nach dem Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima eines für alle klar gewesen sei: *Die zivilisierte Welt könnte den Atomkrieg nicht überleben.* Die Zeit der Geheimhaltung der Atombombenherstellung brauche *nicht unnötig lange zu dauern*. Die Vereinigten Staaten rechneten mit der Mitarbeit aller Mitglieder des Weltfriedensbundes. Ohne die vereinten Anstrengungen aller Nationen der Erde werde es keinen dauernden und wirksamen Schutz gegen die Atombombe geben und auch keinen Schutz gegen den Bakterienkrieg, der eine noch schlimmere Art der Zerstörung sei. Es genüge aber nicht, den Atom- und den Bakterienkrieg abzuschaffen. Der Krieg selbst müsse abgeschafft werden.

Wie in Washington verlautet, soll *Sowjetrußland* von den drei Mächten eingeladen werden, seine Sicherheitswünsche sowie seine gesamten territorialen und sonstigen Ansprüche in Osteuropa bekanntzugeben, um so eine feste Grundlage für die internationale Zusammenarbeit in allen Fragen zu gewinnen. Wie „Reuter" meldet, sind Präsident Truman und Premierminister Attlee damit einverstanden, sobald wie möglich an einer Konferenz mit Generalissimus Josef Stalin teilzunehmen.

Der Wortlaut der Erklärung

Die Dreimächte-Erklärung über die Atombombe hat folgenden Wortlaut:

„*Erstens:* Die Anwendung der jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf die Herstellung und den Gebrauch von Waffen hat in die Hände der Menschheit Zerstörungswerkzeuge gelegt, gegen die es eine zulängliche militärische Abwehr nicht geben kann und deren Verwendung nicht das Monopol einer einzigen Nation sein darf.

Zweitens: Wir möchten mit besonderem Nachdruck feststellen, daß die Verantwortung dafür, daß diese Entdeckungen zum Wohle der Menschheit und nicht zum Zwecke der Zerstörung verwendet werden, keinesfalls nur unseren Nationen zufällt, sondern der ganzen zivilisierten Welt. Indessen verpflichtet uns der Fortschritt, den wir in der Entwicklung der Atomenergie erzielt haben, die Initiative zu ergreifen. Wir sind zusammengekommen, um die Möglichkeit einer internationalen Aktion zu besprechen, deren Aufgabe es wäre:

a) die Verwendung der Atomenergie zum Zwecke der Zerstörung zu verhüten;

b) die jüngsten und etwaigen künftigen Fortschritte in der wissenschaftlichen Erkenntnis der Atomenergie und ihrer Verwertung friedlichen und humanitären Aufgaben dienstbar zu machen.

Drittens: Wir sind uns bewußt, daß der einzige Schutz der zivilisierten Welt vor der zerstörenden Verwertung der wissenschaftlichen Kenntnisse in der Verhütung des Krieges selbst liegt. Kein System von Vorbeugungsmaßnahmen kann an sich eine wirksame Sicherung gegen die Herstellung von Atomwaffen durch eine angriffslustige Nation bieten. Wir dürfen auch nicht die Möglichkeit der Entwicklung anderer Waffen und Methoden der Kriegführung außer acht lassen, die eine ebenso große Bedrohung der Zivilisation darstellen können wie die militärische Verwendung der Atomenergie.

Viertens: Als die Vertreter der drei Länder, die die besten Kenntnisse über die Verwendung der Atomenergie besitzen, erklären wir: Wir sind bereit, mit dem Austausch von grundlegenden wissenschaftlichen Informationen, von wissenschaftlicher Literatur und von Wissenschaftlern zu friedlichen Zwecken als unserem ersten Beitrag zur Erfüllung friedlicher Ziele zu beginnen, und zwar mit jeder Nation, die sich zur Gegenseitigkeit verpflichtet.

Fünftens: Wir sind der Ansicht, daß die Früchte wissenschaftlicher Forschung allen Völkern der Welt zugänglich gemacht werden sollen. Forschungsfreiheit und der freie Strom der Ideen von Land zu Land sind für den Fortschritt der Wissenschaft notwendig. Die grundlegenden Auskünfte über die Arbeiten auf dem Gebiet der friedlichen Auswertung der Atomenergie sind der Welt zur Verfügung gestellt worden. Wir haben die feste Absicht, wissenschaftliches Material, das in Zukunft gewonnen werden wird, in ähnlicher Weise freizugeben und hoffen, daß die anderen Staaten die gleiche Politik einschlagen werden, um so jene Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, in der politische Abkommen und politische Zusammenarbeit gedeihen.

Sechstens: Wir haben die Fragen geprüft, ob wir auch die für eine praktisch-technische Anwendung der Atomenergie notwendigen Einzelinformationen freigeben sollen. Die militärische Ausnützung der Atomenergie fußt aber zu einem großen Teil auf denselben Methoden und technischen Prozessen wie die industrielle Verwertung. Wir sind nicht davon überzeugt, daß die bedingungslose Freigabe der genauen technischen Einzelheiten der praktischen Anwendung der Atomenergie zu einer konstruktiven Lösung des Problems der Atombombe beiträgt, solange nicht eine für alle Völker annehmbare, wirksame, wechselseitige und praktisch durchführbare Garantie gefunden ist. Es könnte dies im Gegenteil eine gerade entgegengesetzte Wirkung haben. Wir sind jedoch bereit, den anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen genaue Mitteilungen über die praktische industrielle Verwendung der Atomenergie auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu machen, sobald wirksame und praktisch in jeder Hinsicht durchführbare Garantien gegen ihren Gebrauch zu Zerstörungszwecken gefunden sind.

Siebentens: Zur völligen Ausschaltung des Gebrauchs der Atomenergie für Zwecke der Zerstörung und zu ihrem umfassenden Gebrauch für industrielle und humanitäre Zwecke soll sobald wie möglich eine Kommission der Vereinten Nationen eingesetzt werden, die der Weltorganisation entsprechende Vorschläge zu unterbreiten hat. Die Kommission soll so schnell wie möglich verfahren und ermächtigt werden, über den Stand ihrer Arbeiten jeweils Bericht zu erstatten. Sie soll im besonderen über folgende Punkte berichten: a) Austausch der grundlegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zwischen allen Nationen für Friedenszwecke; b) Kontrolle der Atomenergie, soweit dies zur Verhinderung ihres Gebrauchs für andere als friedliche Zwecke notwendig ist; c) Ausschaltung der Atomwaffen und die dem Atomkrieg dienenden Waffen aus der Bewaffnung der Einzelstaaten; d) wirksamer Schutz der diese Kontrolle annehmenden Staaten durch Beaufsichtigung und andere Mittel gegen alle Verletzungen und Ausflüchte von diesen festgelegten Regeln.

„Vorbehaltlose Unterstützung"

Achtens: Die Arbeit der Kommission soll sich schrittweise vollziehen. Die erfolgreiche Durchführung jeden Schrittes wird das Weltvertrauen in das Gelingen des nächsten Schrittes stärken. Im besonderen sollte sich die Kommission zuerst mit einem möglichst umfassenden Austausch von Forschungen und Forschungsergebnissen beschäftigen. An zweiter Stelle soll sie sich der Vervollständigung unserer Kenntnisse der für die Atomenergie in Betracht kommenden Rohstoffe zuwenden.

Neuntens: Angesichts der furchtbaren Perspektiven der Auswertung der Wissenschaft für Aufgaben der Zerstörung werden sich alle Nationen noch stärker als bisher der Bedeutung der Rechtsordnung in internationalen Beziehungen und der Notwendigkeit der Beseitigung des Krieges bewußt werden müssen. Der einzige Weg zu diesem Ziele ist die vorbehaltlose Unterstützung der Organisation der Vereinten Nationen, die Stärkung und Erweiterung ihrer Autorität und das daraus resultierende gegenseitige Vertrauen, das die Völker in den Stand setzen wird, sich ausschließlich den Werken des Friedens zu widmen. Wir sind fest entschlossen, ohne Vorbehalt nach diesem Ziele zu streben."

*

Vor dem Abschluß der Besprechungen der drei Staatsmänner über die Atombombe hatten 192 Wissenschaftler des Kalifornischen Technologischen Instituts eine Denkschrift nach Washington gesandt, in der die internationale Kontrolle der Atomenergie gefordert wurde. Die Wissenschaftler erklärten, daß andere Völker die Geheimnisse der Atombombe innerhalb der nächsten fünf Jahre, möglicherweise aber schon lange vorher, erforschen würden. Sie betonten jedoch, daß nationale Kontrolle in den einzelnen Staaten der internationalen Kontrolle vorausgehen müsse und beantragten die sofortige Einsetzung einer amerikanischen Kontrollkommission.

In *Rußland* beschäftigt sich die Forschung ebenfalls intensiv mit den Problemen der Atomenergie. Russische Physiker, die sich mit den Problemen der kosmischen Strahlung befassen, entdeckten, nach einer Meldung der Moskauer Zeitung „Iswestija" zufolge, in diesen Strahlen Teile von schweren Protonen, aus denen die Wasserstoffatome aufgebaut sind. Die Untersuchungen fanden in einem besonders errichteten Laboratorium im armenischen Hochland statt. Bei den Untersuchungen wurde ein drei Tonnen schwerer Magnet verwendet, dessen magnetisches Feld kosmische Strahlen in ihre Bestandteile zerlegt und deren Energie zu messen gestattet. Die Untersuchungen werden von **Prof. Peter Kapitza, dem bekanntesten russischen Atomforscher, geleitet.**

Alliierte Freundschaft

Amerikanisch-russische Kundgebung in New York

NEW YORK, 18. November (DANA.)

Die entscheidende Bedeutung amerikanisch-russischer Freundschaft für die Erhaltung des Weltfriedens kam hier auf einer Versammlung der amerikanischen Vereinigung für freundschaftliche russisch-amerikanische Beziehungen in mehreren Reden und Botschaften zum Ausdruck. Vertreter der beiden Länder sowie ein englischer Gast, der Erzbischof von *Canterbury*, bezeichneten die Freundschaft zwischen Amerika und Rußland als eine der *Hauptstützen des Weltfriedens.*

*

General *Eisenhower* erklärte in einer Botschaft, daß die Freundschaft der beiden großen Länder der Grundpfeiler sei, auf dem der Weltfrieden aufzubauen ist. Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Dean *Acheson*, wies auf die Geschichte amerikanisch-russischer Beziehungen hin und betonte, daß Unterschiede im wirtschaftlichen und gesellschaftlichem System in den vergangenen eineinhalb Jahrhunderten die guten Beziehungen *nicht* gestört haben. Auch in Zukunft werden sie für die Lösung bestehender Probleme kein Hindernis sein können.

„Wir sind eineinhalb Jahrhunderte lang mit Rußland ausgezeichnet ausgekommen", sagte der Staatssekretär „und man kann sagen, daß unsere Beziehungen ungewöhnlich gute waren. Der Gegensatz zwischen unserer Art zu leben und den Einrichtungen Rußlands ist heute, da wir es mit einem kommunistischen Rußland zu tun haben, durchaus nicht größer, als er es zur Zeit Jeffersons und des Zaren Alexander I. gewesen ist. Es gibt keinen Fleck der Erde, wo lebenswichtige Interessen unserer beiden Völker in Konflikt geraten wären. Wir haben allen Grund zur Annahme, daß es auch in Zukunft keine solchen Konflikte geben werde. Wir sind beide kontinentale Länder mit genügend Raum für unsere Entwicklung. Unser Ziel ist es, unserer Bevölkerung einen möglichst hohen Lebensstandard zu sichern, und ganz genau dasselbe gilt für die Sowjetunion. Wir beide besitzen auch die Mittel, dieses Ziel *ohne* Eroberungen in friedlicher Entwicklung und auf dem Wege des Güteraustausches zu erreichen."

Staatssekretär Acheson fuhr fort: „Zwei Kernprobleme sind in erster Linie zu berücksichtigen, das Problem der Sicherheit und das Problem gegenseitigen Verstehens. Wir können nur Erfolg haben, wenn wir in einer Atmosphäre der Ehrlichkeit und der Aufrichtigkeit leben. Wir verstehen sehr gut, daß die Russen an ihren Grenzen freundschaftlich gesinnte Regierungen haben wollen. Aber es scheint uns ebenso klar, daß im Interesse der Sicherheit mal andere grundlegende Probleme der Nationen berücksichtigt werden müssen, vor allem das Recht anderer Völker, ihre Lebensart selbst zu wählen. Wir müssen ständig bemüht sein", schloß der Staatssekretär, „gegenseitiges Verständnis zu fördern. Dies zu erreichen, sehe ich kein anderes Mittel als den freien Austausch von Informationen, den Austausch von Wissen und Kultur und persönliches Einanderkennenlernen."

Die amerikanisch-russische Freundschaftskundgebung galt der 12. Wiederkehr des Tages der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und dem 28. Jahrestag der Errichtung des Sowjetstaates.

Joseph E. *Davies*, ehemaliger amerikanischer Botschafter in Moskau, erklärte: „Keine Regierung und kein Volk hat sich mehr und andauernder um die Erhaltung des Friedens bemüht als die Sowjetunion." Davies fügte hinzu, **daß man in keiner außenpolitischen Erklärung Rußlands irgend etwas finden könne, das im Widerspruch zu den programmatischen Erklärungen des Präsidenten Truman stünde:**

„Wenn wir mit ihrer Hilfe für eine oder zwei Generationen den Ausbruch eines neuen Krieges verhindern können, liegt kein Grund vor, der Weltsicherheitsorganisation nicht unser volles Vertrauen entgegenzubringen."

Der russische Geschäftsträger in Washington, Nikolai V. *Novikow*, erklärte, der Schutz der Freundschaft beider großen Länder erfordere tatkräftige Anstrengungen. Hewlett *Johnson*, Erzbischof von Canterbury, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Haltung der russischen Presse zunehmendes Verständnis für den Westen zeige. Eine Quelle von Mißverständnissen könne der unausgesprochenen Drohung mit der Atombombe entspringen, aber — „es liegt in unserer Hand, diese Mißverständnisse zu beseitigen."

Seinerseits hat General Eisenhower vor dem militärischen Ausschuß des Kongresses Erklärungen abgegeben, in denen er ausführte: „Die militärische Ausbildung der amerikanischen Jugend ist meines Erachtens unser stärkster Bürge für die Erhaltung des Friedens." Er erklärte weiter, daß es niemals zu einem Krieg zwischen England und den Vereinigten Staaten kommen werde. Ferner sagte Eisenhower: „Rußland ist ernsthaft bemüht, das Schicksal des einfachen Mannes zu verbessern, und die Russen wünschen die Freundschaft der Vereinigten Staaten."

Die Mitgift der Vereinten Nationen

(—). Die Drei-Mächte-Erklärung über die Atombombe, die wir nebenstehend veröffentlichen, hat neben ihrer militärischen und wissenschaftlichen eine *politische* Bedeutung, die sich leicht als das Kernproblem der Erklärung entpuppen kann. Auf der einen Seite behalten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada vorerst das Geheimnis der Atombombe, auf der anderen Seite erklären sie sich aber bereit, dieses Geheimnis im Rahmen der Vereinten Nationen, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, mit anderen Ländern zu teilen. Was damit die westlichen Alliierten bezwecken, ist offensichtlich. Sie hauchen durch ihre Erklärung den Vereinten Nationen, die bisher nur eine Deklaration des guten Willens waren, pulsierendes Leben ein. Sie sagen den anderen Staaten: Wenn ihr aus den Vereinten Nationen eine Organisation macht, die „wirksame" und praktisch durchführbare Garantien" zur Erhaltung des Friedens bietet, dann wollen wir dieser Organisation das Geheimnis der Atombombe als Mitgift auf den Weg geben.

Noch steht die Reaktion nicht fest, die der Beschluß der drei Mächte in anderen Ländern hervorrufen wird. Am besten faßt die Situation wohl der *„Manchester Guardian"* zusammen, wenn er schreibt: „Es ist klar, daß die Vereinigten Staaten mit ihrem Vorschlag so weit gegangen sind, wie sie unter den gegenwärtigen Bedingungen nur gehen konnten. Nun müssen die anderen Großmächte das Ihre beitragen. Entweder ziehen sie sich gekränkt zurück, gekränkt, weil ihnen das Geheimnis nicht sofort verraten wurde, oder sie schließen sich zusammen, teilen die gesamten Ergebnisse der Atomforschung miteinander und ersparen so der Welt und sich selbst einen Krieg der völligen Vernichtung. Vor dieser Wahl steht heute die Welt."

Eine geschichtliche Parallele, die sich aus diesen Feststellungen ergibt, liegt auf der Hand. Es vergingen Jahre nach Gründung des Völkerbundes, ehe man daranging, zu einer Abrüstungskonferenz zusammenzutreten, und die Abrüstungskonferenz endete in einem Debakel, das in letzter Analyse zum zweiten Weltkrieg führte. Truman, Attlee und Mackenzie King haben aus diesen Erfahrungen gelernt und die Prozedur umgedreht: jetzt soll die Abrüstungskonferenz *vor* der effektiven Gründung des Völkerbundes stattfinden. Das Problem der Atombombe mit all seinen wissenschaftlichen Auswirkungen und Konsequenzen ist das Problem der Rüstung an sich. Wenn die Abrüstungskonferenz — das ist in diesem Fall die Sonderkommission der Vereinten Nationen zur Kontrolle der Atombombe — versagt, dann wird aus den Vereinten Nationen ein Völkerbund werden. Nimmt die Welt den Vorschlag an, dann ist den Vereinten Nationen die Seele eingehaucht, die der Institution von Genf gefehlt hat . . .

Das Nürnberger Gerichtsgebäude, in dem der Kriegsverbrecherprozeß stattfindet

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Schirach Exhibit 123
Filed May 28, 1946

Kein Parteienstaat

Von Dr. Hermann Knorr

Noch ist das demokratische Leben in Deutschland nicht erwacht, und schon ist eine lebhafte Debatte über Nuancen der Demokratie im Gange. Demokratie und Parteistaat, Demokratie oder Parteistaat — diese Fragen werden immer wieder erörtert. In einer der letzten Nummern der „Neuen Zeitung" hat der christlich-demokratische Regierungspräsident Dr. Stegerwald zu der Frage Stellung genommen. Heute geben wir das Wort dem Sozialdemokraten Dr. Hermann Knorr, einem der Herausgeber der „Rhein-Neckar-Zeitung".

Wenn den Deutschen ein stilles Gruseln überläuft, sobald ihm das Wort „Demokratie" in den Ohren klingt, dann sind die Parteien schuld daran. Wir haben eine abgeschlossene Parteiepoche hinter uns, die von Bismarck eröffnet wurde und in der Hitlerpartei endete. Bismarck hatte die politischen Parteien gehaßt und gründete die Macht und Verantwortung seines Reiches bewußt auf die Erbmonarchie und nicht auf die Volksvertretung. Den Parteien gestattete er negative Kritik, und das Volk, das noch nie eine eigene Macht und Verantwortung im Staat gekannt hatte, gab sich mit der Bevormundung durch die Fürstenminister zufrieden.

Die Macht und Verantwortung verblieb auch späterhin dem Monarchen und der kleinen Schicht einer Feudal- und Finanzaristokratie, die über alle Parteien hinweg ein politisch unmündiges Volk für ihre Machtideologien bei der Stange zu halten suchte.

Was über Nacht aus dem Bankrott des verlorenen ersten Weltkrieges hervorging, war die „Demokratie", sprich: bürgerliche Parteidemokratie, die mit der „freiesten Verfassung der Welt" von solchen Parteien angetreten wurde, wie sie aus der Bismarckschen Epoche erwachsen waren. Es waren Parteien, welche keine Tradition parlamentarischer Verantwortung kannten. Die bürgerlichen Mittelparteien, die zunächst die Verantwortung mit der Sozialdemokratie anerkannten, fielen mehr und mehr in Zweifel. Sie blieben bei der Stange, solange in der Zeit der „Scheinblüte" der Milliardensegen kurzfristiger Anleihen ins Land floß. Solange hielt der Machtdualismus von Arbeiterschaft und Kleinbürgertum zusammen. Das war die Weimarer Republik.

Aber dann flossen die Milliarden wieder ab. Die Konzerne zerbrachen wie morsche Gemäuer und rissen alles Nachgeordnete mit sich in einen Bankrott von Menschen und Betrieben. Konnten die Parteien Bismarckscher Erziehung in diesem Strudel ohne Kommandosäbel über ihrem Haupt mehr werden als kopflos? Demokratie hätte bedeuten müssen: Zusammenstehen und Handeln mit gemeinsamer sozialer Verantwortung. Aber die Arbeiterparteien zerrissen selbst ihre Macht über der Theorie des Wie. Die bürgerlichen Mittelparteien strauchelten in Zweifeln und wurden von der nationalistischen Reaktion aus der sozialen Verantwortung weggerissen, weil jene ihnen im geschlossenen Willen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse imponierte. Das Volk sah ringsum nichts als Bankrott und Bankrotteure, es sah nichts als hilflose Parteien ohne Kopf und mit selbstsüchtigen Interessen.

Dazwischen aber lockte der „Einzige" und „Einmalige" mit seiner neuen Partei, die gerade das verkörperte, was allen anderen fehlte: die Macht. Die „Macht war notwendig, um den ‚Interessentenhaufen' zu einem klaren Willen zu zwingen. „Hitler und die Macht", so jubelte der deutsche Kleinbürger, und das waren ja alle. Hitler trat vor sie als ihr Idealbild, als der monumentale Kleinbürger und der arrivierte Weltimperialist. Um den Preis einer tausendjährigen Kulturüberzeugung, um den Preis aller Menschlichkeit erkaufte das deutsche Bürgertum den lockenden Sieg der sozialen Vorherrschaft, die es schon im Begriffe war, aus der Krise heraus an die Arbeiterschaft zu verlieren. Das ist der Sinn des Dritten Reiches.

Die bürgerliche Welt hat den Stolz dieser letzten unumschränkten Herrschaft erlebt und in vollen Zügen genossen. Sie hat triumphiert über den Arbeiter, geschwelgt in Konjunktur, Profite akkumuliert wie nie zuvor, den Erdteil im Sturm überrannt, phantastische Siege gefeiert, und schon stand greifbar vor Augen der deutsche Kontinentaltrust als die „Neuordnung Europas".

Es soll kein deutscher Bürger jammern: Die „Räuberbande" Hitlers habe das „gutmütige" und „anständige" deutsche Volk überfallen. Hitler ist der Repräsentant des deutschen Bürgertums im letzten Stadium seiner sozialen Klassenvorherrschaft gewesen.

Das deutsche Bürgertum hat die Zeche dafür zu bezahlen, daß es in der wirtschaftlichen Not die echte Demokratie ausschlug.

Die Arbeiterschaft aber steht aufrecht in ihrem Bestand, und über allem befiehlt die Besetzungsmacht. Sie ist der Nachfolger von Kaiser und Hitler und ruft ins Volk: Demokratie! Parteien!

Die Deutschen sind skeptisch. Sie haben Furchtbares erlebt und trauen sich selber nicht. Wenn das alte Spiel von neuem beginnen soll, wollen sie lieber verzweifeln. Zum Glück reift der Mensch durch Unheil und *seine* Tragödie, und deshalb verkommt der Deutsche nicht. Er hat seinen Stern. Einer steht in diesem Volk, der heute gesellschaftlicher Mittelpunkt ist, das ist der Arbeiter. Und wenn ein positiver Gewinn aus dem Unheil sichtbar wird, ist es die Tatsache, daß der zerschmetterte Bürger sich gutwillig neben den Arbeiter stellen wird.

Der Arbeiter aber hat gelernt, was er dem Ganzen schuldig ist. Auch das ist *unsere* Demokratie von heute. Parteien sind am Start, sogar alte Parteien, aber die Menschen sind andere geworden, und wo sie es nicht sind, müssen sie weichen. Auf den Trümmern der bürgerlichen Welt erhebt sich ein neues Deutschland, das die Demokratie ohne Illusion als letzte Chance des Lebens versteht und das den alten Parteienstaat verachtet.

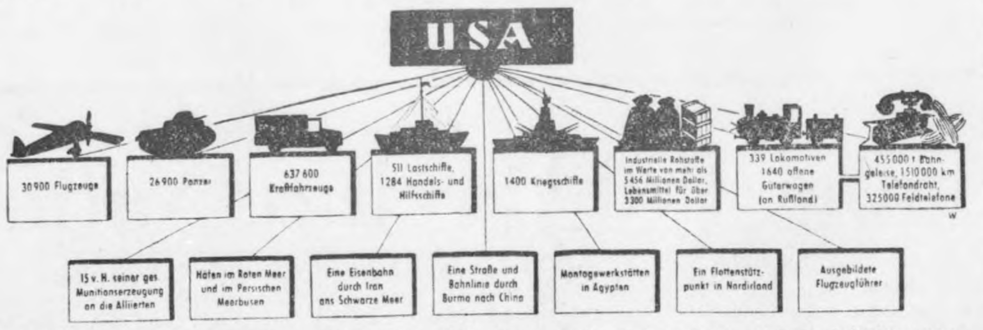
Dr. Franz Ullstein gestorben

P. W. BERLIN, 18. November

Soeben trifft hier aus New York die Meldung ein, daß Dr. Franz Ullstein, einer der fünf Seniorchefs des früheren Ullstein-Verlags bei einem Straßenunfall tödlich verunglückt ist. Dr. Franz Ullstein war 77 Jahre alt. Er war außer dem noch in London lebenden Rudolf Ullstein das einzige überlebende Seniormitglied der Verlegerfamilie. Dr. Franz Ullstein begann seine Tätigkeit im Jahre 1894, trat 1897 als Mitinhaber in die Firma Ullstein ein und war bis 1900 Redakteur der „Berliner Illustrierten Zeitung". Später beschäftigte er sich hauptsächlich mit den redaktionellen Grundlinien der Tageszeitungen des Ullstein-Verlages.

Leih-Pacht und Handelsverträge

Die bisherige Finanzhilfe Amerikas — Britisch-amerikanische Handelsvertragsverhandlungen



Unsere Darstellung veranschaulicht einen Teil der amerikanischen Leih- und Pachtlieferungen an die Vereinten Nationen

NZ WASHINGTON, 18. Nov.

In Washington finden seit einigen Wochen Verhandlungen zwischen amerikanischen und englischen Vertretern über die Regelung der *britisch-amerikanischen Handelsbeziehungen* statt. Der US.-Außenminister James Byrnes hat am 14. November erklärt, daß die Verhandlungen Fortschritte gemacht haben. Etwa vor einer Woche seien in vier oder fünf Punkten Schwierigkeiten aufgetaucht, aber zwei der Fragen seien inzwischen befriedigend gelöst worden. Die Verhandlungen betrafen, so erklärte Byrnes weiter, unter anderem eine *Anleihe an England*, die Verzinsung der Anleihe, die Frage der zweiseitigen Handelsabkommen und bestimmte Wirtschaftsfragen des britischen Weltreiches. Wie von englischer Seite verlautet, hat Amerika eine Anleihe von etwa 4 Milliarden Dollar mit 2%iger Verzinsung angeboten.

Nach einer Reuter-Meldung aus Washington werden die Handelsvertrags-Besprechungen dadurch erschwert, daß die genaue Höhe der *Leih-Pacht-Lieferungen* nicht feststeht. Nach der gleichen Quelle schlagen die Vereinigten Staaten folgende Regelung des Leih-Pacht-Problems vor: 1. Alle Leih-Pacht-Lieferungen, die im Kriege verbraucht wurden, sollen nicht zurückgegeben und auch nicht bezahlt oder rückvergütet werden. Darunter fallen hauptsächlich Kriegsmaterial, Munition und Nahrungsmittel; 2. alle Waren, die nicht für Kriegszwecke verbraucht wurden, müssen von den Verbraucherländern bezahlt werden. Darunter fallen hauptsächlich solche Lieferungen, die nach dem Sieg über Japan noch verwendet wurden; 3. Produktions- und Transportmittel — wie Fabrikanlagen, Maschinen, Werkzeuge, Lokomotiven — sollen entweder an die Vereinigten Staaten zurückgehen oder unter gemeinsam noch zu vereinbarenden Bedingungen bezahlt werden.

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, bei der Regelung aller drei Punkte großzügig zu verfahren. Für den Fall, daß ein Land wohlhabend und finanziell gesund ist, könnte zum Beispiel eine Forderung auch für im Kriege verbrauchte Waren erhoben werden. Auf der anderen Seite aber wird man den Ländern, die durch den Krieg stark betroffen wurden und das überlassene Material dringend zum Wiederaufbau brauchen, Zugeständnisse machen.

Sobald die Inventaraufnahme der Leih-Pacht-Lieferungen vollständig ist, werden die Verhandlungen über die Regelung des besonderen Leih-Pacht-Problems beginnen; sie werden wahrscheinlich Monate dauern.

Das Amt für die Verwertung überzähligen Heeresgutes im Ausland erklärte, daß die Vereinigten Staaten überzählige Waffen, die auf Grund des Leih-Pacht-Abkommens ausgeführt wurden, nicht an das Ausland verkaufen werde, um kein neues Wettrüsten heraufzubeschwören. Rund die Hälfte allen überzähligen Heeresgutes im Ausland besteht aus Waffen und Munition; sein Wert wird auf fast 5 Milliarden Dollar, das heißt 50 Milliarden Mark, geschätzt. Die amerikanischen Behörden werden alle Waffen und die Munition verschrotten und sie als Altmaterial veräußern. Bisher haben die Verkäufe der von dem Heer und der Marine freigegebenen Waren und Anlagen nur 18 Millionen Dollar eingebracht. Veräußert wurden u. a. eine Rohrleitung durch das Rhonetal, einschließlich Pumpwerken und Sammelbehältern, an Frankreich; 48 000 Ballen Baumwolle, deren Verarbeitung 2600 Personen beschäftigen wird, an Belgien; 40 000 gebrauchte Autoreifen an Frankreich; 6500 Heeres-Lastwagen an Frankreich und 3245 an Holland unter der Bedingung, daß sie nicht für militärische Zwecke benutzt werden, und 1667 Lokomotiven an verschiedene europäische Regierungen.

Diese Nachrichten lenken die Aufmerksamkeit auf das *Leih-Pacht-System*, durch das die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten mit Kriegsmaterial, Nahrungsmitteln und Waren aller Art während des Krieges versorgt haben.

Das Leih-Pacht-Gesetz — in den Vereinigten Staaten *„Lend-Lease-Bill"* genannt —, wurde am 11. März 1941 erlassen.

Die Leistungen des Leih-Pacht-Gesetzes für die Erringung des Sieges gehen aus folgenden Zahlen hervor:

Vor Abschluß des Leih-Pacht-Abkommens, im Jahre 1940 erzeugten die Vereinigten Staaten 6000 Flugzeuge und 641 500 Tonnen Handelsschiffsraum, 1944 90 000 Flugzeuge und eine Handelstonnage von 16 Millionen. Die Vereinigten Staaten rüsteten ihre eigene Streitmacht mit allem Notwendigen aus und überließen den Alliierten außerdem über 15 v. H. ihrer gesamten Munitionserzeugung ohne Barzahlung. Auf dem Leih-Pacht-Wege wurden bis zum 30. Juni 1944 verschifft: 30 900 Flugzeuge (davon 6000 nach Großbritannien, 11 000 nach Rußland, 4800 nach dem Kriegsschauplatz im Mittelmeergebiet und 5000 nach dem Fernen Osten), 26 900 Panzer (wovon England 9900 erhielt), 637 600 Kraftfahrzeuge (davon 300 000 für die Sowjetunion), 511 Lastschiffe, 1284 Handels- und Kriegsschiffe sowie 1400 Kriegsschiffe; industrielle Rohstoffe im Werte von mehr als 5456 Millionen Dollar und Lebensmittel für über 3300 Millionen Dollar.

An *Rußland* wurden für dessen Nachschublinien bis Ende 1944 geliefert: 339 Lokomotiven, 1640 offene Güterwagen, 455 000 Tonnen Bahngeleise und Zubehörteile, 1 510 000 km Telephondraht und 325 000 Feldtelephone. Obwohl *Großbritannien* den weitaus größeren Teil seiner Truppenausrüstung selbst herstellte, unterstützten die Vereinigten Staaten die britische Kriegsproduktion mit 6 Millionen Tonnen Stahl und 550 000 Tonnen sonstigem Metall. Großbritannien erzeugte mehr als Dreiviertel der von der Royal Air Force geflogenen Maschinen; über Leih-Pacht wurden weitere 6000 Flugzeuge geliefert. Großbritannien erhielt ungefähr 10 v. H. seines gesamten Bedarfes an Nahrungsmitteln von den Vereinigten Staaten. Den neu geschaffenen Streitkräften Frankreichs, Hollands, Polens, Norwegens, Jugoslawiens und Belgiens wurde durch Leih- und Pachtlieferungen die Wiederaufnahme des Kampfes möglich gemacht. In vielen Fällen, wo es sich um Lieferungen an Widerstandsbewegungen handelte, wurden die Lieferungen abgeschrieben.

Die Vereinigten Staaten hatten ihrerseits durch die Leih-Pacht gewisse Erleichterungen. Amerikanische Soldaten in Groß-Britannien erhielten Millionen Tonnen von Kriegsmaterial ohne Bezahlung. Großbritannien stellte der amerikanischen Armee in England 31 v. H. ihres gesamten Heeresbedarfes mit Einschluß von Flugplätzen, Lazaretten, Verkehrs- und Lebensmitteln zur Verfügung. Hätte alles dies auf dem Seewege herangeschafft werden müssen, wären dazu über 1000 Schiffe notwendig gewesen. Amerikanische Truppen wurden auf englischen Passagierdampfern nach ihrem überseeischen Bestimmungsort befördert. Amerikanische Schiffe wurden in britischen Häfen kostenlos repariert. Australien und Neuseeland lieferten 90 v. H. sämtlicher Lebensmittel, alle Motorfahrzeugreifen und ferner Bekleidung und Invasionsfahrzeuge für die amerikanischen Truppen im Süd- und Südwest-Pazifik. Die Sowjetunion baute Flugplätze für den Pendelverkehr der Bombenflugzeuge, die von den süd- und westeuropäischen Kriegsschauplätzen anflogen. China stellte 400 000 Arbeiter für die Errichtung von Flugzeugstützpunkten für die amerikanischen Super-Festungen zur Verfügung. China erhielt seinerseits nach Beendigung des Leih-Pacht-Vertrages auch weiterhin Lieferungen für jene chinesischen Truppen, die die Waffenstreckungen der Japaner in der Mandschurei entgegenzunehmen haben, insbesondere Flugzeuge.

Die Frage der jetzigen englisch-britischen Finanzverhandlungen ist nur ein Teilausschnitt des umfassenderen Problems der Wiederbelebung des internationalen Handels, das gemeinsam mit den Leih-Pacht-Problemen erörtert werden muß.

Neuer Postverkehr

In Nummer 4 unseres Blattes veröffentlichten wir die Nachricht, daß der Postverkehr in ganz Deutschland wieder aufgenommen wird. Wir erhielten hierauf zahlreiche Zuschriften, in denen sich unsere Leser erkundigen, was man heute unter dem Begriff „ganz Deutschland" zu verstehen habe. Die Postdirektion teilt uns hierzu mit, daß zur Zeit die Grenzen vom 31. 12. 1937 Geltung haben. Diese Regelung bezieht sich selbstverständlich nur auf den Postdienst und steht in keinerlei Zusammenhang mit einer gegenwärtigen oder geplanten politischen Grenzziehung.

*

Wir veröffentlichen nachstehend die zur Zeit gültigen Postleitzahlen für die seit dem 1. November neu eingeteilten Postleitgebiete: (1) Berlin, Innenstadt und Vororte einschließlich der sowjetischen, englischen, amerikanischen und französischen Besetzungszonen in Berlin-Stadtgebiet; (2) Provinz Brandenburg, ausgenommen die östlich der Oder und östlich der Lausitzer Neiße gelegenen Gebiete. Von den größeren Orten in der Nähe dieser Grenze liegen im sowjetischen Besetzungsgebiet: Küstrin-Kietz, Frankfurt an der Oder (ohne Dammvorstadt), von Guben nur die Vorstadt westlich der Neiße und Forst (Lausitz), östlich der Oder oder Neiße liegend gehören nicht zum sowjetischen Besetzungsgebiet, sind also zum Postverkehr nicht zugelassen: Küstrin-Altstadt, Küstrin-Neustadt, Frankfurt an der Oder-Dammvorstadt und Guben; (3) Mecklenburg und Vorpommern, von Pommern das Gebiet westlich der Oder einschließlich der Inseln Rügen, Usedom und Wollin, von Stettin der westlich der Oder gelegene Teil des Ortes; (10) Land Sachsen und von Niederschlesien das westlich der Lausitzer Neiße gelegene Gebiet, das heißt hauptsächlich folgende Orte: Bernsdorf (Oberlausitz), Görlitz, Hohenbocka-Hosena (Lausitz), Hoyerswerda, Lautawerk (Lausitz), Muskau, Niesky (Oberlausitz), Reichenbach (Oberlausitz), Rietschen (Oberlausitz), Rothenburg (Oberlausitz), Ruhland (Lausitz), Wehrkirch (Oberlausitz) und Weißwasser (Oberlausitz); (13 a) Nordbayern; (13 b) Südbayern; (14) Württemberg; (15) Thüringen; (16) Hessen; (17 a) Baden; (18) Westmark, Rheinpfalz und Saargebiet; (19) Provinz Sachsen, frühere preußische Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg, Anhalt; (20) Provinz Hannover, Braunschweig; (21) Westfalen; (22) Rheinland; (23) Gebiet Bremen, Oldenburg; (24) Gebiet Hamburg, Schleswig-Holstein.

Weltpolitische Rundschau der „N.Z."

Von Spectator

x Ein neutraler Staat, *die Schweiz*, ist plötzlich zum Gegenstand heftiger politischer Debatten geworden. Auf der einen Seite hat ein Sonderausschuß, der von Bern eingesetzt worden war, um die Charta der Vereinten Nationen zu prüfen, diese Charta gebilligt und den Eintritt der Schweiz in den Weltenbund befürwortet, was den bedeutungsvollen Schritt der Schweiz von reiner Neutralität zur Mitarbeit an den Weltproblemen bedeuten würde. Auf der anderen Seite werden von alliierter Seite Anschuldigungen gegen die Schweiz laut, die es noch fraglich erscheinen lassen, ob das kleine Land im Herzen Europas überhaupt würdig befunden wird, in den Bund der Nationen aufgenommen zu werden. Der *Moskauer* Rundfunk hat am 4. November eine Rede des schweizerischen Außenministers Petitpierre heftig angegriffen und unter anderem erklärt: „Die sogenannte ‚Neutralität', von der Petitpierre spricht, war in Wirklichkeit aktive Hilfe für das faschistische Deutschland. Die Schweiz lieferte an die Hitlersche Armee und an die Hitlerschen Rüstungsbetriebe das verschiedenste Kriegsmaterial. Nach dem Kriege wurde die Schweiz zu einem Safe für die von den deutschen Imperialisten während des Krieges zusammengeraubten Reichtümer." Zugleich veröffentlicht der Unterausschuß des amerikanischen Senatskomitees für militärische Angelegenheiten vier Briefe, die der ehemalige Vizepräsident der Reichsbank Emil *Pohl* an den ehemaligen Präsidenten der Reichsbank Dr. *Funk* Anfang dieses Jahres aus der Schweiz schrieb, die darauf hinweisen, daß die Schweizer Regierung nationalsozialistische Versuche, deutsche Guthaben für einen kommenden Krieg aufzubewahren, unterstützt. Der Vorsitzende des Senatskomitees Senator *Kilgore* fordert eine genaue Untersuchung über das Schweizer Verhalten. Der Staatssekretär im Schweizer Außenamt, Dr. Walter *Stucki*, erklärte am Samstag, die Schweizer Regierung und Schweizer Banken hätten die wirtschaftlichen Pläne der Nazis nicht unterstützt und haben im vergangenen Februar alle deutschen Guthaben in der Schweiz blockiert.

x *Paris* hat im Zusammenhang mit den Kriegsverbrecherprozessen seine Sensation. In ihrer Nummer vom 1. November veröffentlicht die Zeitung „Front National" den vollen Text der Vernehmung des ehemaligen Chefs des Generalstabs des deutschen Oberkommandos, *Keitel*, den die Zeitung „einem offiziellen Bericht" entnimmt. Der Bericht lautet: *‚Frage:* ‚War Deutschland im Moment der Münchener Krise zum Weltkrieg vorbereitet?' — *Antwort:* ‚Nein, bis zu diesem Moment hatten wir keinerlei strategische oder taktische Vorbereitungen durchgeführt.' — *Frage:* ‚Wenn Frankreich und England mit den Münchener Vorschlägen nicht einverstanden gewesen wären, hätte dann Deutschland einen militärischen Überfall gewagt?' — *Antwort:* ‚Ich halte dies für unwahrscheinlich, denn wie ich bereits sagte, waren wir in jenem Moment für den Krieg nicht vorbereitet, besonders, wenn Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei eingehalten hätte.' — Ferner erklärte Keitel: ‚Als die deutschen Truppen im Mai 1938 Österreich besetzten, wurde die Gefahr einer Mobilisierung in der Tschechoslowakei besprochen. Ich selbst teilte dem Führer mit, daß Deutschland im Falle einer Mobilisierung der Tschechoslowakei Österreich nicht besetzen könnte.' — *Frage:* ‚Hat sich der Führer vor seiner Begegnung mit Chamberlain mit Ihnen über das Kriegspotential Deutschlands beraten?' — *Antwort:* ‚Nein. Ihm waren die materiellen Möglichkeiten des Landes bekannt, und er wußte, daß wir zur Zeit der Münchener Verhandlungen für den Krieg nicht vorbereitet waren.' — *Frage:* ‚Welche militärischen Folgen hätte es gehabt, wenn England, Frankreich und die Sowjetunion sich auf die Seite der Tschechoslowakei gestellt und die Besprechungen mit Deutschland und Italien, die zu dem Münchener Abkommen führten, abgebrochen hätten?' — *Antwort:* ‚Gegen eine solche Koalition wären die militärischen Kräfte Deutschlands völlig ungleich und ein Angriff in dem Moment ein Wahnsinn gewesen.'

Kompromiß auf Java?

Durch den Rücktritt des indonesischen „Führers", Dr. Soekarno, scheint eine *Entspannung auf Java* eingetreten zu sein. Welche Rolle der neue Premierminister der indonesischen Nationalisten, Sutan *Sjahil*, der sich Sozialist nennt, spielen wird und wie weit er unabhängig handeln kann oder als ein vorgeschobener Bauer des Königs Soekarno angesehen werden muß, werden die Ereignisse lehren. Der Generalgouverneur von Niederländisch-Ostindien, Dr. *van Mock*, hat immerhin erklärt, daß ihm verschiedene Mitglieder der Regierung als „verläßliche und tüchtige Männer" bekannt seien. Auch scheint die Hoffnung auf Entspannung durch zwei weitere Tatsachen bestätigt zu werden: nämlich durch die Übermacht der britischen Waffen auf der wirtschaftlich so wichtigen Insel und die scharfe Kritik des britischen Eingreifens in England selbst. In den Kämpfen, in denen Soekarnos Anhänger japanische Panzer eingesetzt haben, hat sich die Überlegenheit der RAF. und der britischen Artillerie sowie der in Eile gelandeten Sherman-Panzer bald als entscheidend erwiesen, und nach Kämpfen einiger Tage konnte der britische General *Mansolds*, der den Sektor kommandiert, melden, daß Surabaja von den Aufständischen geräumt worden sei. Es ist sehr wohl anzunehmen, daß Dr. Soekarno unter dem Eindruck dieser militärischen Tatsachen zurücktrat, es kann aber auch sein, daß ihn politische Weisheit leitete; denn auch er muß wissen, daß eine Unterstützung der indonesischen Völker, besonders aber der Inder selbst, leichter erzielt werden kann, wenn er selbst nicht an der Spitze der Bewegung steht. „Die Indonesier in aller Welt", so schreibt die „Neue Zürcher Zeitung", „die nichts sehnlicher wünschen, als daß ein Strich unter die koloniale Vergangenheit gezogen werde, wollen im allgemeinen die Freiheit ihres Volkes nicht um den Preis eines Bruches mit dem holländischen Mutterland erkaufen. Die Macht und Anhängerschaft Soekarnos darf trotz des Ernstes der Lage nicht überschätzt werden."

Auf der einen Seite steht also das militärische Übergewicht der Briten und die dunkle Vergangenheit Soekarnos, die — beide die englische Position begünstigend — die Freude an einem Kompromiß von indonesischer Seite anspornen dürften. Auf der anderen Seite sind die Engländer ihrer Sache gleichfalls nicht sicher. Der offizielle australische Kurzwellensender erklärte am 15. November: „Australien kann der Tatsache nicht blind gegenüberstehen, daß 40 Millionen Indonesier im unmittelbaren Norden auf die Dauer für unsere nationale Sicherheit wesentlicher sein werden, von Handel und Gewerbe ganz zu schweigen, als ein paar tausend Holländer, die einmal das Gebiet beherrscht haben." Und die britische Linkspresse, die sonst die Regierung unterstützt, beginnt ihrerseits das britische Eingreifen als „voreilig" zu bezeichnen, um so mehr, als sich Amerika offenbar von einer Einmischung fernhalte.

USA. und Palästina-Problem

Die Unruhen, die in *Tel Aviv* unmittelbar nach der Rede des britischen Außenministers, Ernest Bevin, ausgebrochen sind und die den Tod von mindestens sieben Personen, darunter fünf britische Soldaten, zur Folge hatten, haben die weittragende Bedeutung der Bevinschen Rede in den Hintergrund gedrängt. Auf die wahre Bedeutung der Erklärungen Bevins verweist nun der liberale „Manchester Guardian", wenn er in einem sonst kritischen Leitartikel betont, daß die britische Regierung einen großen Gewinn zu verzeichnen hat — „der Gewinn ist Amerikas Bereitschaft zur Mitarbeit". Es ist in der Tat von ausschlaggebender Bedeutung, daß durch die Erklärungen Trumans, vor allem aber durch die Gründung eines britisch-amerikanischen Untersuchungsausschusses, das *Palästina-Problem* aufgehört hat, ein britisch-jüdisches oder britisch-arabisches Problem zu sein: Araber wie Juden stehen jetzt einem britisch-amerikanischen Verhandlungspartner gegenüber.

Worauf es allerdings vorerst ankommt, ist eine Einigung zwischen Amerika und Großbritannien, die das Problem nicht unbedingt vom gleichen Gesichtspunkt aus betrachten. Präsident Truman hat bekanntlich an Premierminister Attlee einen Brief gerichtet, in dem er vorgeschlagen hat, die britische Regierung solle 100 000 Einreisevisa nach Palästina bewilligen. Wenn man bedenkt, daß die Unruhen in Tel Aviv ausgebrochen sind, weil die britische Regierung im Monat nur 1500 Juden die Einreise bewilligt hat — eine Quote, die den Juden zu niedrig, den Arabern zu hoch erscheint —, dann sieht man die Kluft, die zwischen den britischen Möglichkeiten und den amerikanischen Wünschen klafft. Aber darauf kommt es eben an, daß Amerika mit dem Eintritt in den Untersuchungsausschuß nicht nur Einfluß auf das Problem genommen hat, sondern offenbar auch bereit ist, einen Teil der Verantwortung für die Rettung der Juden zu tragen — „der Beschluß kann dem Präsidenten nicht leicht gefallen sein", sagt die Londoner „Times" in ihren Ausführungen, „aber Amerika hat nun diesen Schritt getan und übernimmt damit einen Teil der Verantwortung für die Lösung des Problems".

Eine gewisse Hoffnung in die verwickelte Situation bringt die Tatsache, daß Juden und Araber in gleicher Weise Amerikas Eingreifen begrüßen. Die Juden wissen, daß Amerika immer für die Schwachen und Bedrängten eingetreten ist, und die Araber haben sich bereits klar bekannt, als vor einigen Tagen der Rat der Arabischen Liga in Kairo durch seinen Sekretär Azam Bey offiziell die amerikanische Teilnahme begrüßte. Zweifel werden überhaupt nur in England ausgesprochen, wo sowohl der kommunistische „Daily Worker" wie der liberale „Manchester Guardian" der Befürchtung Ausdruck geben, daß eine Untersuchungskommission die Lösung des Problems verzögern könnte. Eine Verzögerung dulde aber die jüdische Frage nicht.

Regierungskrise in Italien. *Rom.* — Die italienische Regierung hat neue Gesetze zur Bekämpfung des Faschismus erlassen, die eine Reihe von Verhaftungen zur Folge hatten. Zusammen mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Italiens und dem Scheitern aller bisherigen Versuche, die Friedensbestimmungen der Alliierten zu erhalten, haben die geheimen faschistischen Umtriebe zu einer Regierungskrise des Kabinetts Parri beigetragen. Die Linksparteien machen der Regierung den Vorwurf, wiederholte Überfälle auf kommunistische Geschäftsstellen in Süditalien nicht wirksam verhindert zu haben.

Albert Göring verhaftet. *London.* — Albert Göring, der Bruder Hermann Görings, ist in Deutschland von einer tschechoslowakischen Suchkommission verhaftet worden.

Churchill in Belgien. *Brüssel.* — Winston Churchill, der am 15. November zu einem dreitägigen Besuch in Belgien eintraf, ist in Brüssel von einer begeisterten Menschenmenge empfangen worden.

Regierung Tildy in Ungarn. *Budapest.* — Zoltan Tildy, der Vorsitzende der ungarischen Partei der Kleinen Landwirte, die bei den letzten Wahlen mehr als die Hälfte der Stimmen erhielt, hat als Ministerpräsident eine Koalitionsregierung in Ungarn gebildet. Die Hälfte aller Ministerposten ist mit Mitgliedern seiner Partei besetzt.

Bulgarische Wahlen nicht demokratisch. *Washington.* — Amerika wird die Ergebnisse der bulgarischen Wahlen vom 18. November nicht anerkennen, da die Wahlbestimmungen nicht die freie Äußerung des Volkswillens gewährleisten. In einer amtlichen Mitteilung des amerikanischen Außenministeriums wird bekanntgegeben, daß die provisorische bulgarische Regierung von diesem Beschluß der amerikanischen Regierung in Kenntnis gesetzt worden ist.

Giftgasvorräte Deutschlands. *New York.* — Die zuständigen amerikanischen Behörden haben bekanntgegeben, daß in Deutschland große Vorräte an Giftgas aufgefunden worden sind. Die deutschen Einrichtungen werden nach Amerika gebracht und dort eingehend geprüft werden.

Amerikanischer Dampfer gesunken. *Triest.* — Der amerikanische Handelsdampfer „Abbot Mills" ist vor der Hafeneinfahrt von Triest auf eine Treibmine gelaufen. Die Besatzung konnte gerettet werden. Der Dampfer mit einer Getreideladung für die amerikanischen Besatzungstruppen in Österreich ging verloren.

Sitz der Friedensorganisation. *New York.* — Vier nordamerikanische Städte, Philadelphia, Atlantic City (New Jersey), Chicago und San Francisco, bewerben sich darum, zum Sitz des Weltfriedensbundes bestimmt zu werden. Die Entscheidung wird von der vorbereitenden Kommission des Weltfriedensbundes in London getroffen werden.

Versenkung deutscher U-Boote. *London.* — Der deutsche 10 000-Tonnen-Kreuzer „Prinz Eugen" wird, wie „Daily Telegraph" meldet, der amerikanischen Marine übergeben werden, um — zusammen mit japanischen Kriegsschiffen — im Verlaufe von Atombomben-Experimenten versenkt zu werden. Ferner wird die britische Flotte innerhalb der nächsten Wochen mehr als hundert ehemalige deutsche U-Boote auf hoher See versenken.

Deutsche Pfadfinder? *London.* — Lord Rowallan, der Leiter der britischen Pfadfinderbewegung, teilte auf einer Konferenz in London mit, daß die britische Pfadfinderbewegung bereit sei, einer Pfadfinderbewegung in Deutschland alle erdenkliche Hilfe, insbesondere bei der Schulung von Instruktoren, zu leisten, wenn die deutsche Jugend gewillt wäre, eine Pfadfinderbewegung zu schaffen. Lord Rowallan ist der Meinung, daß der Einfluß der „HJ." auf die deutsche Jugend viel geringer sei, als man gewöhnlich angenommen habe.

De Gaulle zurückgetreten

Meinungsverschiedenheiten mit den kommunistischen Vertretern

NZ PARIS, 18. November

General *de Gaulle* ist von seinem Amt als interimistischer Präsident Frankreichs zurückgetreten. Der Beschluß de Gaulles ist darauf zurückzuführen, daß es ihm nicht gelungen ist, mit der Kommunistischen Partei über die Verteilung der Ministersitze innerhalb der neuzubildenden Regierung eine Einigung zu erzielen.

General de Gaulle hatte am 13. November mit der Kabinettsbildung begonnen. Er hatte gleichzeitig erklärt, er müsse für die kommenden Aufgaben freie Hand haben. Er beabsichtigte, ein Kabinett aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitgliedern der Fortschrittlichen Katholiken (MRP.) zu bilden. Die drei großen Parteien hatten der Bildung eines Koalitionskabinetts auf dieser Grundlage *zugestimmt*. Schwierigkeiten tauchten am 16. November auf, als der Führer der Kommunistischen Partei, Maurice *Thorez*, für die Kommunisten einen Schlüsselposten im Kabinett, das *Innenministerium*, das *Außenministerium* oder das *Kriegsministerium* beanspruchte. General de Gaulle bestand jedoch darauf, die Kabinettsmitglieder nach seinem Ermessen auszuwählen. Der Führer der Kommunistischen Partei beschuldigte de Gaulle, die Kommunistische Partei beleidigt zu haben, weil er erklärte, die Kommunistische Partei setzte die Interessen der Sowjetunion über die Interessen Frankreichs. Die Verhandlungen General de Gaulles mit den Kommunisten kamen daraufhin zum Stillstand.

Am 17. November wurde der Brief veröffentlicht, den General de Gaulle an den Vorsitzenden der verfassunggebenden Nationalversammlung gerichtet hat. General de Gaulle schreibt, daß die Regierung ein Kabinett der *nationalen Einheit* sein wolle, an der führende Persönlichkeiten jeder großen Partei teilnehmen müßten. Er fährt fort: „Bestimmte, gebieterisch vorgebrachte Forderungen einer der Parteien hinsichtlich der Zuweisung dieses oder jenes Ministerpostens an eines ihrer Mitglieder erschienen mir als unvereinbar mit der Unabhängigkeit, der Autorität und der inneren Festigkeit einer Regierung. Unter diesen Umständen sehe ich mich außerstande, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden und lege daher das mir anvertraute Mandat in die Hände der verfassunggebenden Versammlung zurück."

Am Abend des 16. November hat der Präsident der Nationalversammlung Felix *Gouin* die Leiter der Parteien zu sich berufen und von dem Rücktritt General de Gaulles in Kenntnis gesetzt. Es wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, die Nationalversammlung für den 19. November zu einer Sitzung einzuberufen, auf der ein neuer Regierungschef gewählt werden soll. Bis zur Klärung der Lage wird die Regierung die Geschäfte weiterführen.

Die Fortschrittlichen Katholiken halten an ihrer Forderung fest, daß die Koalitionsregierung gemäß dem einstimmigen Beschluß der neugewählten Volksvertreter von General de Gaulle geführt werden soll. Die Kommunisten und die Sozialisten haben weder für noch gegen eine neue Betrauung General de Gaulles mit der Regierungsbildung Stellung genommen. Sie wünschen aber nach wie vor eine *Koalitionsregierung* der drei Hauptparteien. Die Kommunisten sollen sich für den Fall, daß eine Koalitionsregierung unter der Führung de Gaulles nicht gebildet werden kann, bereit erklärt haben, den neuen Regierungschef zu stellen und das Ministerpräsidium zu übernehmen. Für den Fall, daß eine Regierung *ohne* Kommunisten gebildet würde, besäße sie in der Nationalversammlung *keine* Mehrheit. Nur im Falle der Teilnahme der kleinen Splittergruppen würde sich eine kleine regierungsfähige Mehrheit ergeben.

FEUILLETON- UND KUNST-BEILAGE · DIE NEUE ZEITUNG · SONNTAG, DEN 18. NOVEMBER 1945

Er kannte Goethe und Tolstoi

Von Thomas Mann

Das Folgende ist das Einleitungskapitel zu Thomas Manns großem Essay „Goethe- und Tolstoi-Fragmente zum Problem der Humanität". Wir entnehmen den Abschnitt dem Sammelbande „Bemühungen" (Verlag S. Fischer, Berlin).

In Weimar lebte noch zu Anfang unseres Jahrhunderts ein Mann, Julius Stötzer mit Namen und Lehrer seines Zeichens, der, als er noch ein Schüler, ein Gymnasiast von sechzehn Jahren war, mit Dr. Eckermann unter demselben Dache wohnte, nur wenige Schritte vom Hause Goethes. An der Seite eines Schulkameraden, der mit ihm logierte, erhaschte Stötzer manchmal mit Herzklopfen einen Schimmer und Schatten von der Gestalt des Greises, wenn dieser an seinem Fenster saß. Aber beseelt von dem Wunsche, ihn einmal recht aus der Nähe und ganz genau zu sehen, wandten sich die Jungen an ihren Hausgenossen, den Famulus, und baten ihn sehr, ihnen eine solche Gunst doch irgendwie zu verschaffen. Eckermann war freundlich von Natur; er ließ die Knaben an einem Sommertage durch eine Hintertür in den Garten des berühmten Hauses ein, und da standen sie nun in ihrer Beklommenheit und warteten auf Goethe, der denn auch zu ihrem Schrecken wirklich daherkam: in einem hellen Hausrock – es wird wohl der Flanell-Schlafrock gewesen sein, von dem wir wissen – erging er sich hier um diese Stunde, und da er der Jünglinge ansichtig wurde, schritt er auf sie zu, blieb, nach Eau de Cologne duftend, natürlich die Hände auf dem Rücken, mit vorgeschobenem Unterleib und jener Miene eines Reichsstadt-Syndikus, hinter der er, wie glaubwürdig bezeugt wird, Verlegenheit verbarg, vor ihnen stehen und fragte sie nach dem Namen und Begehr – wahrscheinlich nach beidem zugleich, was, wenn es so geschah, wiederum sehr streng wirkte und kaum zu beantworten war. Da sie dann etwas gestammelt hatten, empfahl ihnen der Alte, fleißig in ihren Studien zu sein, was sie sich dahin übersetzen mochten: rätlicher, als hier Maulaffen feilzuhalten, sei es für sie, sich hinter ihre Schulaufgaben zu setzen – und ging weiter.

So lief das ab – es war im Jahre 1828. – Dreiunddreißig Jahre später, eines Mittags um 1 Uhr, wollte Stötzer, der unterdessen ein tüchtiger, seinem Berufe in Liebe ergebener Mittelschullehrer geworden war, eben den Unterricht in der zweiten Klasse beginnen, als ein Schüler des Seminars den Kopf durch die Tür steckte und meldete, ein Fremder wünsche Herrn Stötzer zu sehen. Dieser Fremde trat dann auch ohne weiteres ein, bedeutend jünger als der Lehrer, mit nicht sehr starkem Vollbart, vortretenden Backenknochen, kleinen, grauen Augen und einem Paar Falten zwischen den dunklen Brauen. Er unterließ es, sich auszuweisen oder vorzustellen, sondern fragte sofort, worin heute nachmittag unterrichtet werde. Und als er erfuhr, daß erst Geschichte, dann deutsche Sprache daran sei, fand er das ausgezeichnet und sagte, er habe die Schulen von Süddeutschland, Frankreich und England besucht und möchte nun auch die von Norddeutschland kennenlernen. Er sprach wie ein Deutscher.

Man mußte ihn für einen Lehrer halten auf Grund der sachkundigen und interessierten Fragen und Äußerungen, die er tat, indem er beständig Aufzeichnungen in sein Notizbuch machte. Er wohnte der Schulstunde bei. Als die Kinder einen Aufsatz, einen Brief über irgendein Thema, in ihre Hefte geschrieben hatten, verlangte der Fremde, die „Kompositionen" mitnehmen und behalten zu dürfen; sie seien für ihn von größtem Interesse. Das fand nun Stötzer denn doch naiv. Und wer entschädigte die Kinder für ihre Schreibhefte? Weimar war eine arme Stadt . . . Er äußerte sich höflich in diesem Sinne. Aber der Fremde erwiderte, da könne Rat geschaffen werden und ging hinaus. Stötzer ließ den Direktor in die Klasse bitten. Etwas Ungewöhnliches, ließ er sagen, ereigne sich. Und da hatte er recht, wenn er es auch erst später ganz begriff, wie recht er damals mit dieser Botschaft gehabt.

Denn damals und auf der Stelle mochte es ihm nicht viel bedeuten, als der Fremde, der, ein Paket Schreibpapier unter dem Arm, zurückgekehrt war, dem Direktor und ihm seinen Namen nannte: „Graf Tolstoi aus Rußland." – Der Lehrer Stötzer aber brachte es hoch zu Jahren und hatte folglich Zeit, gewahr zu werden, wessen Bekanntschaft er damals gemacht.

Dieser Mann also, der von 1812 bis 1905 in Weimar lebte und dessen Leben sonst schlicht genug verlaufen sein mag, konnte sich des merkwürdigen Vorzugs rühmen, Goethe und Tolstoi persönlich gekannt zu haben – die beiden großen Männer, an deren Namen diese Betrachtung sich knüpft. Ja, Tolstoi war in Weimar! Dreiunddreißigjährig, geboren in dem Jahre, das dem jungen Stötzer seine Unterredung mit Goethe brachte, kam Graf Leo Nikolajewitsch von Brüssel, wo er erstens Proudhon gesehen und sich von diesem hatte überzeugen lassen, daß „la propriété le vol" sei, wo er aber zweitens die Erzählung „Polikuschka" geschrieben hatte, nach Deutschland und besuchte die Stadt Goethes. Als Fremder von Distinktion und Gast des russischen Gesandten hatte er Eintritt in das Wohnhaus am Frauenplan, das damals dem Publikum noch nicht offenstand. Es wird aber berichtet, daß er sich weit mehr für die Fröbelschen Kindergärten interessierte, die von einer Schülerin Fröbels selbst geführt wurden und deren pädagogisches System er mit großer Wißbegierde studierte.

Atomphysik in Amerika

Von Prof. Dr. Arnold Sommerfeld

Anläßlich der Verleihung zweier Physik-Nobelpreise an einen deutschen und an einen österreichischen Forscher, die sich in Amerika befinden (siehe Seite 3 unseres Blattes), bringen wir einen Aufsatz des berühmten Münchener Physikers Sommerfeld über seine Erfahrungen während seines mehrfachen Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten. Im Jahre 1927 hat Sommerfeld eine Theorie der Metall-Elektronen entwickelt und damit die langgesuchte Erklärung für das Wiedemann-Franzsche Gesetz über das Verhältnis der elektrischen zur Wärmeleitfähigkeit der Metalle gefunden. Aus seinem Institut sind mehrere weltberühmte Physiker hervorgegangen.

Vor fünfzig Jahren kamen viele Amerikaner zum Studium nach Deutschland. Wir hatten in Göttingen mehrere Mathematiker, die sich nicht nur ihre Wissenschaft, sondern auch ihre Frauen aus Göttingen holten, unter ihnen der Harvard-Professor Osgood. Zwei berühmte Direktoren der General Electric Company waren in deutschen Instituten gereift, *Langmuir* bei Walter Nernst, *Coolidge* bei Paul Drude.

Auch ich habe vor 1933 viele amerikanische Schüler gehabt. Ich nenne von ihnen Linus *Pauling*, Professor der physikalischen Chemie am California Institute Pasadena, N. H. *Frank* und Ph. *Morse* vom MIT in Boston, S. *Milman* und I. I. *Rabi*, die zusammen an der Columbia University in New York ihre Messungen der Kernmomente zu immer höherer Präzision entwickeln.

Meine direkten Beziehungen zu Amerika datieren vom Wintersemester 1922, zu dem ich als erster Carl-Schurz-Professor nach dem Kriege an die Universität des Staates Wisconsin eingeladen wurde. Diese Gastprofessur, auf die satzungsgemäß deutsche Gelehrte beliebiger Fachrichtungen zu berufen sind, war von Amerikanern deutscher Abstammung des Staates Wisconsin gestiftet worden. Die größte Stadt dieses Staates ist bekanntlich Milwaukee, wo vor dem ersten Weltkriege noch viel Deutsch gesprochen wurde – man sagte scherzweise, daß an manchen Läden Milwaukees angeschrieben stehe „*english spoken*". Die Universität befindet sich nach guter amerikanischer Sitte nicht in dem unruhigen Milwaukee, sondern in der kleineren Stadt Madison, die äußerst reizvoll zwischen drei Seen mit waldigen Ufern gelegen ist. Hier lernte ich das amerikanische Universitätsleben von der angenehmsten Seite kennen: den großen Campus, um den sich die reichlich dotierten Institute gruppieren, das fröhliche Treiben der jüngeren Studenten, das zwanglose Leben im Club und vor allem: das hohe wissenschaftliche Streben der älteren vorgeschrittenen Studenten.

Der Boden war im Jahre 1922 natürlich noch heiß: Politische Gespräche wurden besser vermieden. Aber die persönliche Aufnahme war von Anfang an herzlich, besonders auch gegenüber meinem Sohn, den ich als Studenten der Elektrotechnik an der Wisconsin University einschreiben ließ. Was ich wissenschaftlich zu bieten hatte, war in Amerika noch großenteils neu: Die *theoretische Atomphysik*, in Kopenhagen kurz vor dem Kriege begründet, und während des Krieges besonders in München kultiviert, hatte damals in Amerika noch keine Wurzeln geschlagen. Eine Arbeit von mir, die in einem Exemplar während des Krieges nach USA. gekommen war, wurde sofort photokopiert und ging von Hand zu Hand. Ich selbst bin von einer großen Anzahl amerikanischer Universitäten zu Vorträgen eingeladen worden und habe auf diese Weise den Kontinent nach allen Richtungen durchstreift, von Boston und Minneapolis im Norden bis Pasadena und Berkely im Südwesten. Es versteht sich von selbst, daß ich auch die Wunder des Gran Cañons auf mich wirken ließ.

Prof. Arthur *Compton*, der um dieselbe Zeit eine der fundamentalsten Entdeckungen der Atomphysik gemacht hatte – eine Entdeckung, die in der ganzen Welt als Compton-Effekt bekannt ist –, hatte die große Freundlichkeit, eine Tagesreise von St. Louis nach Urbana-Illinois zu unternehmen, wo ich gerade die Weihnachtstage zubrachte, um sich mit mir zu besprechen. Seitdem bin ich mit ihm und mit vielen anderen der amerikanischen Fachgenossen durch aufrichtige Freundschaft verbunden, die sich nicht nur auf das wissenschaftliche Gebiet beschränkt. Im April 1923 verließ ich Amerika, dankbar für die wertvollen Anregungen, die ich mit nach Hause nahm. Ich kehrte in der Inflationszeit heim und sehnte mich oft nach dem glücklicheren Amerika zurück, wo das soziale Leben so viel besser geordnet ist, und daher auch die Beziehungen von Mensch zu Mensch viel freundlicher sind, als in dem zerrissenen Europa. Zehn Jahre später, anläßlich der Weltausstellung in Chicago, wollte mir die Wisconsin-Universität in Erinnerung an meine Carl-Schurz-Professur den Ehrendoktor verleihen. Ich hätte aber das Diplom persönlich in Empfang nehmen müssen und glaubte damals meine Münchener Universität in der kritischen Zeit von 1933 nicht verlassen zu dürfen. Leider mußte ich bald einsehen, daß mein Hierbleiben nicht den gehofften Erfolg hatte.

Zum zweitenmal habe ich den amerikanischen Boden Anfang des Jahres 1929 betreten. Diesmal in San Francisco, als ich von Indien und Japan kam. Prof. *Millikan* hatte mich auf eine Gastprofessur in Pasadena für die Monate Januar-Februar eingeladen, die schönste Zeit für Südkalifornien, wo dauernder Sonnenschein herrscht, die Rosen blühen und die Orangen reifen. Am Pier von San Francisco wurde ich von zwei Freunden der Berkely-Universität abgeholt, die am anderen Ufer der herrlichen Bai von San Francisco malerisch gelagert ist. Damals war der Boden keineswegs mehr heiß. Ich konnte mit aller Welt offen reden, auch über politische Dinge. Zehn Jahre ernster Arbeit in dem demokratisch organisierten Deutschland hatten uns überall Achtung erworben. Der Zeppelinbau, unsere Musterschiffe „Europa" und „Bremen" wurden bewundert. Ein hervorragender Fachgenosse, der mir im Jahre 1922 unfreundlich aus dem Wege gegangen war, schrieb mir 1929, daß er auf meinen Besuch den größten Wert lege.

Ich verlebte wunderschöne Monate in Pasadena. Das Millikansche Rieseninstitut, das ganz auf den Stiftungen der Öl- und Früchtemagnate von Los Angeles beruht, war großartig nicht nur in seine instrumentalen Ausstattung, sondern auch in seinem wissenschaftlichen Leben. Wir hatten drei- bis viermal die Woche Colloquia, zum Teil zusammen mit den Astronomen der Mt. Wilson-Sternwarte. Hier hörte ich zum erstenmal von dem „*Expanding Universe*" aus dem Munde seines Entdeckers Edwin *Hubble*; ich erfuhr aus einem Vortrag des hervorragenden Astrophysikers G. N. *Russel* genaue Zahlen über die Häufigkeit der chemischen Elemente auf der Sonne, die sicherer sind als dieselben Zahlen für die Erde. Wenn ich sagte, daß im Jahre 1922 die *Atomphysik* in Amerika neu war, so stand sie jetzt dort in *höchster Blüte* und wurde in allen Laboratorien überaus sachgemäß gefördert. In dem darauf folgenden Jahrzehnt hat die amerikanische Wissenschaft den *Übergang von der Atomphysik zur Kernphysik* vollzogen. Sicherlich ist die Kernphysik ursprünglich aus dem Genie von Ernest Rutherford entstanden, und sicherlich erreichte sie ihren Gipfelpunkt in der Spaltung des Uranatoms durch Otto *Hahn* und Fritz *Straßmann* in Berlin-Dahlem 1939. Aber ebenso sicher ist es, daß nirgends extensiv und intensiv so erfolgreich über Kernreaktionen aller Art gearbeitet worden ist, wie gerade in Amerika während der Jahre 1930/40.

Auf dem Heimweg von Pasadena nach dem Osten konnte ich noch an der jährlichen großen Frühjahrsversammlung der „*Physical Society*" in Washington teilnehmen, auf der sich alle Interessen meines Fachgebietes wie in einem Brennpunkt vereinigten. Zwei Jahre später wurde ich zur Sommersession der Universität Ann Arbor des States Michigan eingeladen. Diese auch an manchen anderen Universitäten abgehaltenen Sommersemester haben ein hohes wissenschaftliches Niveau und wenden sich vornehmlich an vorgeschrittene Studenten, die sich schon die wissenschaftlichen Sporen verdient haben. Ann Arbor hat alle Reize einer kleinen Stadt mit großer Universität. Trotz der tropischen Hitze, die im Middle West Amerikas während der Monate Juli und August herrscht und die damals noch nicht wie heute durch Kühlanlagen der Räume gemildert wurde, waren auch diese Monate reich an wissenschaftlichen Eindrücken und freundschaftlichen Beziehungen für Einladungen nach Nachbaruniversitäten blieb genügend Zeit. Interessant war mir die besondere Pflege der *Musik*, der in Ann Arbor eine eigene Fakultät gewidmet ist. Sie veranstaltet jede Woche ein stark besuchtes Künstlerkonzert, dessen Besuch jedem Studenten und Professor freistand. Alle während dieser Reisen angebahnten freundschaftlichen Beziehungen äußerte sich auch darin, daß mehrere der wichtigsten amerikanischen Zeitschriften meinem Münchener Institut laufend dediziert wurden. Meine amerikanischen Freunde und meine deutschen Fachgenossen sind darin einig, daß auf unserem Gebiet jeder von dem anderen lernen muß, daß hier nur die friedliche Rivalität des Fortschritts und kein Streit oder Mißtrauen herrschen darf.

FRANKFURTER UNIVERSITÄT WIRD ERÖFFNET. Frankfurt. – Wie die Abteilung für Erziehung im Amt der Militärregierung in der amerikanischen Zone bekanntgibt, wird die Frankfurter Universität noch vor dem 1. Januar mit ihren Vorlesungen beginnen. Die zukünftigen Studenten wurden aufgefordert, sich nach dem Beispiel der bereits eröffneten Universitäten tatkräftig am Wegräumen des Schuttes und der Trümmer sowie am Wiederaufbau zu beteiligen.

RATHENAUKLUB GEGRÜNDET. Wiesbaden. – Von Freunden der Demokratie wurde in Wiesbaden ein Rathenauklub ins Leben gerufen. An der Gründungsversammlung nahmen hervorragende Vertreter der Politik, der Wirtschaft, des öffentlichen und kulturellen Lebens teil.

GEWERKSCHAFTEN FÜR KULTURSCHAFFENDE. München. – In München sind folgende Ausschüsse mit den vorbereitenden Arbeiten zur Bildung einer Berufsvertretung auf gewerkschaftlicher Grundlage tätig: Schutzverband deutscher Schriftsteller, Rumfordstraße 1. In der Schwanthalerstraße 10 a melden sich alle folgenden Kulturschaffenden: Bühnenangehörige, Filmschaffende, Funkschaffende, Musikschaffende, Bildende Künstler, Gruppe Tanz, Geisteswissenschaftler, Naturwissenschaftler, Lehrer und Erzieher, Juristen, Mediziner; Arbeitsausschuß der Berufsjournalisten Bayerns, Sendlinger Straße 80. Alle auf diesen Gebieten Tätigen, so auch technische Kräfte und Hilfspersonal, die sich gewerkschaftlich zusammenschließen wollen, um sich dadurch ihre Berufsvertretung zu schaffen, können sich bei den vorstehenden Adressen listenmäßig eintragen

HEIMKEHR SALZBURGER KUNSTSCHÄTZE. Wien – Eine Reihe wertvoller Kunstgegenstände, die seit Jahren verschwunden waren, konnten jetzt dem Erzbischöflichen Ordinariat in Salzburg gut erhalten zurückgegeben werden. Die kostbaren Bildwerke waren in der Thalgauer Arrestanstalt versteckt worden.

Die letzte Epiphanie

Von Werner Bergengruen

Der Balte Werner Bergengruen ist eine der markantesten Erscheinungen unter den deutschen Schriftstellern, die das Dritte Reich in Deutschland erlebten. Das folgende Gedicht entstammt dem Zyklus „Dies irae", der schon vor 1945 entstanden ist.

Ich hatte dies Land in mein Herz genommen.
Ich habe ihm Boten um Boten gesandt.
In vielen Gestalten bin ich gekommen.
Ihr aber habt mich in keiner erkannt.

Ich klopfte bei Nacht, ein bleicher Hebräer,
ein Flüchtling, gejagt, mit zerrissenen Schuh'n.
ihr riefet dem Schergen, ihr winktet dem Späher
und meintet noch Gott einen Dienst zu tun.

Ich kam als zitternde, geistgeschwächte
Greisin mit stummem Angstgeschrei.
Ihr aber spracht vom Zukunftsgeschlechte,
und nur meine Asche gabt ihr frei.

Verwaister Knabe auf östlichen Flächen,
ich fiel euch zu Füßen und flehte um Brot.
Ihr aber scheutet kein künftiges Rächen,
ihr zucktet die Achseln und gabt mir den Tod.

Ich kam als Gefangner, als Tagelöhner,
verschleppt und verkauft, von der Peitsche zerfetzt.
Ihr wandtet den Blick von dem struppigen Fröner.
Nun komm ich als Richter, kennt ihr mich jetzt?

WER WEISS DIE WAHRHEIT?

Die vierte Serie des Preisausschreibens der „Neuen Zeitung" – 5 Geldpreise im Gesamtwerte von 500 Mark.

Wie aus der ständig steigenden Anzahl von Einsendungen hervorzugehen scheint, begegnet die Serie unseres Preisausschreibens „Wer weiß die Wahrheit?" allseits großem Interesse. Der Anmeldeschluß für unsere erste Serie ist inzwischen herangekommen. Die öffentliche Auslosung der für die erste Serie ausgesetzten Geldpreise findet in unserer Redaktion Montag, den 26. November, 11 Uhr vormittags, statt. – Wir legen auch heute wieder unseren Leserinnen und Lesern sechs interessante Fragen vor, für deren richtige Beantwortung Geldpreise im Gesamtwert von 500 Mark ausgesetzt sind. Der 1. Preis beträgt 250 Mark, der 2. Preis 100 Mark, der 3., 4. und 5. Preis je 50 Mark. – Der 1. Preis wird jenem Leser zuerkannt werden, der die meisten der untenstehenden Fragen richtig beantworten kann. Falls sich unter den Einsendungen mehrere richtige Lösungen befinden, wird der Gewinner in öffentlicher Auslosung ermittelt. Angestellte unseres Verlages sind von der Teilnahme am Preisausschreiben ausgeschlossen. Und nun die Preisfragen dieser Woche:

1. **Welche Verluste an Gefangenen hatte die deutsche Armee vor Stalingrad?**
2. **Wer war der Entdecker des Radiums?**
3. **Hatte der amerikanische Bürger das Recht, Kriegsdienst zu verweigern?**
4. **Welches ist die Hauptstadt Amerikas?**
5. **Welcher deutsche Schauspieler hat sich – durch den Nationalsozialismus aus Deutschland vertrieben – trotz seines Alters von über 70 Jahren in Amerika erfolgreich durchgesetzt?**
6. **Welcher südamerikanische Diktator ist vor kurzem freiwillig zurückgetreten?**

Alle Einsendungen müssen den Vermerk „Preisausschreiben – 4. Serie" aufweisen und nehmen an dem Wettbewerb, beziehungsweise an der Auslosung, nur dann teil, wenn sie bis zum 10. Dezember 1945 in der Redaktion der „Neuen Zeitung", München, Schellingstraße 39, eingetroffen sind.

Claus Hansmann (geb. 1918 in München) ist von Haus aus Gebrauchsgraphiker. Erst 1943, nach seiner Entlassung vom Militär, wandte er sich, nicht zuletzt unter dem Einfluß unseres Mitarbeiters Dr. Franz Roh, auch der „reinen" Kunst zu. Unsere Abbildung entstammt dem im Entstehen begriffenen Zyklus Hansmanns: „Der Kreuzweg des Geistes"

Begegnungen in Rio

Von Richard Katz

Der vielgelesene Reiseschilderer Richard Katz veröffentlicht demnächst im Verlag Eugen Rentsch (Erlenbach-Zürich) ein Brasilien-Buch, das so amüsant und frisch geschrieben ist wie die meisten Bücher von Richard Katz.

Ich betrachtete meinen Papagei und mein Papagei betrachtete mich.

Ich fürchte, sein Eindruck war minder günstig, denn sein Goldtopas-Auge blinzelte abschätzig. Ich hingegen mußte die bunte, lebensfrische Grazie des kleinen Tieres bewundern.

Seltsam: sein Kopf scheint kaum einen Teelöffel Gehirn zu fassen und enthält dabei mehr Verstand als der Quadratschädel eines Büffels. Auf die Größe des Gehirns kommt es demnach nicht an. Mir war das alte Argument, Frauen seien minder verständig als Männer, weil ihr Gehirn weniger wiegt, immer zu grobschlächtig erschienen. Der Grund muß anderswo liegen. Mag sein, es kommt auf die Gehirnwindungen an. Obgleich dann wiederum eine Ameise – ach, wohin gerät man, wenn man einen Papagei betrachtet . . .

Sein intelligentes und boshaftes Auge flimmert von Braun ins Rötliche, und bisweilen huscht ein heller Reflex darüber hin, als funkle es. Es ist von Wimpern umsäumt, nicht von Federn, von richtigen Borsten. Der Papagei sieht mich mit nur einem Auge an, das Gesicht im Profil, das Auge en face, wie die ägyptischen Götter in Sakkara; einen vogelköpfigen gibt es dort, der meinem Papagei ähnlich sieht. Vor allem um den Schnabel herum. Die Hälfte seines wie des Papageien Kopfes besteht aus Schnabel; krumm, massig, mehr Beil als Maul. Dem Oberschnabel meines Papageis ist die Spitze abgefeilt; eine weise Maßnahme, die mir oft zugute kommt. Leider wächst sie allmählich nach. Dafür sind seine Flügel nicht gestutzt und zeigen dunkelblaue Spitzen, die ihr Saftgrün überraschend pointieren.

Das Papageienauge fixiert mich geradezu höhnisch. Es drückt aus: das Herumgerede um eine rechte Beschreibung! . . . Augen wie Goldtopas und Borstenwimpern . . . und ägyptische Götter . . . daraus soll sich wer einen Papagei zusammensetzen! . . . Gelangweilt blendet er sein Blinkauge mit einer grauen Runzelhaut ab. Aus.

Nun, ich kann dich auch sachlicher beschreiben: ein kräftiger und dabei anmutiger Vogel von Dohlengröße; Hauptfarbe: grün, vom hellen Saftgrün des Beinflaums bis zum schwärzlichen Dunkelgrün der Flügeldecke; leuchtend gelb die Backen, türkisblau die Stirn – „Blaustirn-Amazonas" heißt er deshalb –; grellrot getupft die Schultern und rot auch die Spitzen der unteren Schwungfedern; dunkelblau abgesetzt Oberschwingen und Schwanz. So, das wären die Farben. Nein, das wären sie noch nicht! Boshaft, wie er ist, hat er sich aufgeplustert und dabei unter seiner gelbgrünen Kehle orangefarbenen Flaum vorgewiesen. Seine grasgrüne Brust enthüllt, gesträubt, weichgraue Daunen. Schluß! Sonst wird er auch noch kariert! Adieu, Papagei, ich gehe an meinen Schreibtisch!

Wie ich die Tür hinter mir schließe, höre ich ihn lachen, so laut lachen wie damals, als er mich gebissen hatte. Ich kehre um und sehe, wie er seinen Fuß ausstreckt, den zu beschreiben ich tatsächlich vergessen hatte, den seltsam beweglichen Fuß, bleigrau geschuppt, mit dem er nicht nur geht und klettert, sondern auch Nahrung zum Schnabel führt. Bisweilen stützt er auch, nachdenklich, den Kopf auf einen Fuß. Ja, diesen Fuß hatte ich vergessen, obschon er das Charakteristische ist. Krummschnabel und buntes Gefieder haben auch andere Vögel; kein anderer Vogel aber als ein Papagei gebraucht seinen Fuß wie eine Hand.

Der Papagei lacht nicht mehr; er schreit. Nicht einzusehen, weshalb er schreit. Er hat Wasser, er hat Sonnenblumenkerne, er hat ein Stück Banane, und er hat einen Käfig. Vielleicht schreit er, weil er einen Käfig hat. Im Laden hat er auf einer Stange gesessen. Aber ich habe kein Kettchen, um ihn an eine Stange zu fesseln. Vielleicht fliegt er auch ohne Kette nicht fort. Vielleicht ist er in Gefangenschaft geboren und kann gar nicht fliegen. Ach, bei dem Geschrei kann man nicht denken, geschweige denn einen so bunten Papagei beschreiben. Komm Papagei! Ich lege einen Besen über zwei Stühle und halte die offene Käfigtür daran. Schon klettert er heraus. Schon ist es ruhig. Behaglich aufgeplustert blickt er mich an: hast du es endlich verstanden?

Ich lasse ihn auf dem Besenstiel.

Ins Arbeitszimmer nehme ich zwei **Federn mit, die ihm** beim Aufplustern fortgeweht sind, eine Flügel- und eine Flaumfeder. Auch sie sind eine Malice: die Flaumfeder ist nur obenauf hellgrün, ihre Mitte schimmert wie mit Goldstaub bepudert – tatsächlich: golden ist er auch! –; dann kommt ein kleiner gelber Abschnitt und die untersten Fähnchen sind schiefergrau. Der Himmel weiß, wo er die stecken hatte! Die steife Feder ist etwas einfacher: oben mittelgrün, unten graubraun und an der Spitze pfauenblau, ihre Pose beginnt schwarzbraun und endet reinweiß. Ein Papagei ist so schwierig zu beschreiben wie ein Sonnenuntergang.

Ach was, Sonnenuntergang – jetzt kracht es wie Weltuntergang!

Ich stürze in die Küche zurück.

Der Papagei hat den Besen und sich selbst von den Stuhllehnen auf den Zementboden geschaukelt.

Ich habe den Besen festgebunden.

Kurze Zeit darauf belehrt mich ein neuer Krach, daß ein Papagei auch Knoten aufknüpfen kann.

Was könnte ein Papagei nicht!

Berliner Zeitungswald

H. W. BERLIN, 18. November

Im Zuge des Aufbaues wurden am 15. November von den amerikanischen Behörden in Berlin drei neue Zeitschriften lizenziert. Heinz *Ullstein*, Helmut *Kindler*, Ruth *Friedrich* sind die Herausgeber einer wöchentlich erscheinenden Frauenzeitschrift, die den Namen „*Sie*" tragen wird. „*Ulenspiegel*", eine Zeitschrift für Literatur, Kunst und Satire, die zweimal wöchentlich erscheint, wird von Herbert *Sandberg* und dem Dichter Günter *Weisenborn* herausgegeben. Die dritte Neuerscheinung ist eine Halbmonatsschrift für junge Menschen mit dem Namen „*Horizont*". Sie wird von Eduard *Große* sen. und Dr. Günter *Birkenfeld* herausgegeben werden. Zu ihren ständigen Mitarbeitern gehört unter anderen der bekannte Afrikaforscher Hans *Schomburgk*. Zu den in Berlin schon bestehenden Zeitschriften gehören: „*Der Aufbau*", eine von den sowjetrussischen Besetzungsbehörden zugelassene Zeitschrift, die von Johannes R. Becher herausgegeben wird. Sie zählt zu ihren Mitarbeitern unter anderen Georg Lukacs, Bernhard Kellermann, Rudolf Kurtz, Herbert Jhering und Paul Wiegler; ferner eine von den russischen Behörden genehmigte Jugendzeitschrift „*Neues Leben*". Zu den für das Berliner Lesepublikum erreichbaren Zeitschriften gehört ferner die von amerikanischen und englischen Stellen herausgegebene „*Neue Auslese*". Berlins einziges Modenblatt ist die von den russischen Behörden genehmigte Monatszeitschrift „*Berlins Modenblatt*". Der von den britischen Militärbehörden vor kurzem lizenzierte Suhrkamp-Verlag plant die Herausgabe einer Monatsschrift „*Beiträge zur Humanität*". Einmal wöchentlich erscheint in Berlin die „*Neue Berliner Illustrierte*", die gleichfalls von den russischen Behörden genehmigt worden ist. Berlin hat jetzt, sechs Monate nach Beginn der alliierten Besetzung, zwölf Zeitungen, von denen sieben jeden Tag außer Montags erscheinen. Die sieben Tageszeitungen sind die folgenden: „*Der Tagesspiegel*", zugelassen von der amerikanischen Militärbehörde; „*Tägliche Rundschau*", Organ der russischen Behörde; „*Berliner Zeitung*", das amtliche Blatt des Berliner Magistrats, und vier von den russischen Behörden zugelassene Parteizeitungen: „*Deutsche Volkszeitung*" (KPD.), „*Das Volk*" (SPD.), „*Neue Zeit* (CDU.) und „*Der Morgen*" (LDP.). Die amtlichen Organe der britischen und französischen Militärbehörden erscheinen dreimal in der Woche, und zwar „*Der Berliner*" (britisch) am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, „*Der Kurier*" (französisch) am Montag, Mittwoch und Freitag. Das bisherige amtliche Organ der amerikanischen Militärbehörde, „*Die Allgemeine Zeitung*", hat am vergangenen Sonntag ihr Erscheinen eingestellt. An ihre Stelle tritt „*Die Neue Zeitung*". Ferner erscheint mit sowjetrussischer Genehmigung einmal wöchentlich als Organ der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft „*Der freie Bauer*", und zweimal wöchentlich das Organ des freien deutschen Gewerkschaftsbundes „*Die freie Gewerkschaft*".

FILM UND BÜHNE IN HAMBURG. Hamburg. — In Hamburg wurde eine Interessengemeinschaft der Filmhersteller gegründet, die alle jetzt dort ansässigen Filmschaffenden erfaßt hat. Außer Grete Weiser, Ursula Grabley, Matthias Wieman, Willy Fritsch und Hermann Speelmans befinden sich noch Elisabeth Lennartz, Irene von Meyendorf, Karl Martell, Harry Piel, Cristina Söderbaum sowie zahlreiche andere bekannte deutsche Schauspieler in Hamburg. — Grete Weiser und Hans-Zesch-Ballot spielen die Komödie „Kann eine Frau sich ändern?" Matthias Wieman und Werner Hinz wirken in Darbietungen des Norddeutschen Rundfunks mit. — Im Neuen Theater hatten Hilde Krahl und Gustav Knuth mit der Aufführung von Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung" großen Erfolg. — Der Regisseur Helmut Käutner wirkt als Spielleiter in Funk und Bühne.

KABARETT IN BERLIN. Berlin. — „Eintritt verboten", heißt die neue kabarettistische Revue, die im Roxy-Kabarett, Kurfürstendamm, unter der Regie von Joachim Krüger mit Wilhelm Bendow, Ethel Reschke, Ida Perry, Liv Towska und Marit Barnek läuft.

ERÖFFNUNG DER MUSIKHOCHSCHULE. Berlin. — Mit einer Ansprache von Oberbürgermeister Dr. Werner wurde in der deutschen Staatsoper am Sonntag, 28. Oktober, die Hochschule für Musik eröffnet.

JEROME KERN GESTORBEN. New York. — In seiner Heimatstadt New York starb nach kurzer Krankheit im Alter von 60 Jahren einer der bekanntesten Liederkomponisten der Welt, Jerome Kern. Er war ein Sohn mittelloser deutscher Einwanderer, studierte hungernd in Amerika, in England und in Deutschland Musik. Zwei Drittel seines arbeitsreichen Lebens war er einer der Beherrscher der Operette, der Revue und des Films in der gesamten Welt. Er half am Riesenerfolg von „Showboat" von Roberta mit, komponierte für Ginger Rogers und Fred Astaire „Swingtime". Sein Lied „Old Man River" wurde auf allen Grammophonen, in allen Radiostationen, von allen Orchestern gespielt.

(Aus Braunschweig)

Sonderberichterstatter der „Neuen Zeitung" senden uns heute Beiträge aus drei deutschen Städten – aus Braunschweig, Gießen und Stuttgart. Der Tatsache entsprechend, daß wir über die Stadt Stuttgart, die im amerikanischen Gebiet liegt, wiederholt berichtet haben, beschäftigt sich unser Stuttgarter Korrespondent mit einem Sonderproblem, dem der modernen Wohnraumerhebung, während unsere Berichterstatter aus Braunschweig und Gießen versuchen, ein allgemeines Bild der Stadt zu vermitteln.

Braunschweig — Durchzugsprobleme

Unser O.F.H.-Korrespondent schreibt aus *Braunschweig:* Langsam, langsam tauchen deutsche Städte aus ihrer Benommenheit auf. Man sieht sie an, beobachtet und vergleicht. Das Interesse für die fremde Stadt ist heute viel reger als je zuvor. Wessen Interesse hätte früher die Tatsache erregt, daß dieses oder jenes Werk in Hannover soundso viel Arbeiter beschäftigt, wenn das Werk weiter als 500 Kilometer entfernt lag und man selbst mit der Börse nichts zu tun hatte ...? Nun ist jeder an dem Auf und Ab – besonders an dem Auf – interessiert: wir freuen uns heute über die Wiederaufnahme der Arbeit in einer Seifenfabrik mehr als einst an der Entdeckung eines unbekannten Van Gogh. So gehen Berichte, die zugleich ein Gruß sind, von Norden nach Süden, von Süden nach Norden.

Die *Stadt Braunschweig* hat neben ihren Aufbauproblemen manch andere besondere Fragen. In der Stadt selbst ist viel zerstört, und manche architektonische Kostbarkeit des alten „Brunswick" ist nur noch im Baedeker zu finden. Regierung und Stadtverwaltung – der Sozialdemokrat *Schlebusch* ist Ministerpräsident, der Sozialdemokrat Dr. *Böhme* ist Oberbürgermeister – leisten ihr Möglichstes, um die Trümmer der Stadt und die Trümmer der Partei fortzuräumen. Aber, wie gesagt, sie haben kraft der geographischen Lage Braunschweigs noch eine besondere Schwierigkeit zu überwinden, denn ein Flüchtlingsstrom von Ost nach West, von West nach Ost zieht sich durch die Stadt. Dreitausend sind es, die die Stadt täglich beherbergt und verköstigt. Luftschutzbunker sind als Durchgangslager eingerichtet, Notküchen sind entstanden und mehren sich von Tag zu Tag. Das Kriegsgefangenenwerk in der Stadt hat 3000 Mann für den Wiederaufbau eingesetzt, abgesehen von den zivilen Kräften, die natürlich auch hinzugezogen werden. Die politische Säuberung muß in Braunschweig, dem einstigen Sitz des „*Signum*", dem Sammelpunkt republikfeindlicher Kräfte, mit besonderer Sorgfalt und Energie in Angriff genommen werden.

Das kulturelle Leben der Stadt hat durch die Gründung der „*Braunschweiger Neuen Presse*" eine erfreuliche Bereicherung erfahren; bisher hatte Braunschweig keine eigene Zeitung, und das nachrichtenhungrige Publikum bezog die Neuigkeiten aus Hannover. In der Turnhalle der Kant-Hochschule wird mit Hilfe der einfachsten Bühnenmittel wieder Theater gespielt. Nach einem geglückten Operettenversuch mit Kalmans „Czardasfürstin" will das Theater den „Wildschütz", Offenbachs „Schöne Helena", und, in Matinees, kürzere Bühnenstücke von Stefan Zweig und Oskar Wilde herausbringen –, bis die alte Spielstätte, das große Haus des Staatstheaters, wieder bezogen werden kann. Der Zuschauerraum ist bereits im Rohbau vollendet. Vorderhand blickt Intendant Dr. *Dahmen* noch etwas neidisch nach dem benachbarten *Wolfenbüttel*, denn das Braunschweiger Staatstheater ist mit seinem Ensemble in das dortige Lessingtheater übergesiedelt.

Stuttgart — ein Wohnplan

Unser W.A.-Korrespondent schreibt aus *Stuttgart:* Vor kurzer Zeit erschienen in jedem Stuttgarter Haus zwei freundliche Herren, die einen sorgsam abgefaßten Vordruck und einen Zollstock mit sich trugen. Jedes Zimmer, jeder bewohnbare Souterrainraum, Dachböden, Küche, Bad und Keller wurden ausgemessen und auf dem Erhebungsbogen in einfacher Grundrißzeichnung festgehalten. Fast zweitausend Menschen, darunter viele ehemalige Wehrmachtsangehörige, für die diese Arbeit nach langen Kriegsjahren die erste zivile Tätigkeit war, haben im Auftrage und unter Leitung eines „Büros für Betriebsorganisation" die Wohnraumerhebungen durchgeführt. Nicht weniger als 100 000 Erhebungsbogen sind im Laufe dieser Untersuchung ausgefüllt worden. Zunächst wurden die Erhebungsbogen sorgfältig mit der Kartei des Ernährungsamtes verglichen, denn mancher Wohnungsinhaber hatte seine Angaben etwas „gefärbt" – liebe, aber abwesende Verwandte, sehr, sehr ferne Geliebte und ungeborene Pflegekinder wurden in den Erhebungsbogen als Wohnungsmitbewohner angeführt. Nachdem diese Korrektur vollzogen war, ist nun eine Wohnungskartei angelegt worden, die die organisatorische Grundlage der Wohnungsverteilung darstellt und als solche für ähnliche Erhebungen in ganz Deutschland mustergebend zu sein scheint.

Wie geht nun die Organisation vor sich? Auf den Grundrissen der Erhebungsbogen sind die Zimmer numeriert. Wird nun der Wohnungsinhaber, der mehr Wohnräume hat, als er benötigt, zu einer Rücksprache vorgeladen, dann liegt vor dem Referenten ein wahres Bild der Situation. Nun gilt es nur noch, die Einzelheiten zu regeln. Ist der Wohnungsinhaber vielleicht bereit, freiwillig zu vermieten? Zu welchem Preise? Wie steht es mit der Küchenbenützung? Ist es möglich, gemeinsam den Haushalt zu führen? Können die Räume möbliert vermietet werden? Nach Fertigstellung der Gesamtlisten kommt wieder das Wohnungsamt zu Wort. Stuttgart besaß 73 000 Gebäude, von denen nur ungefähr 2000 unbeschädigt geblieben sind. Überdies hat sich seit der Besetzung die Einwohnerzahl um rund 80 000 vermehrt. Wenn man bedenkt, daß die Besatzungstruppen und die UNRRA einen Teil der Häuser in Anspruch nehmen, so ist es nur allzu verständlich, daß ein System gefunden werden mußte, um die Schwierigkeiten wenigstens teilweise zu überbrücken. Augenblicklich klassifiziert eine Punkteliste die Bewerber. Unersetzliche Arbeitskräfte erhalten die höchste Punktezahl, Schwerkriegsbeschädigte, Ausgebombte, jüdische Bürger, ehemalige KZ.-Häftlinge und andere Opfer des nationalsozialistischen Systems stehen ebenfalls hoch auf der Liste. Solche Punkte ergänzen dann noch *Minus*-Punkte, die man zum Beispiel für fleißige Mitarbeit in der ehemaligen NSDAP. erhält.

Die vollständige Auswertung dieses neuen Systems der Stuttgarter Wohnungskartei ist noch nicht beendet. Aber die neue Organisationsform hat sich, das darf man heute schon sagen, *bewährt*. Die Schnelligkeit, mit der in der kurzen Frist von drei Wochen konkrete Ergebnisse erzielt werden konnten, wäre bei den üblichen Verwaltungsmethoden kaum möglich gewesen. Besonders eine hohe Zahl von Einzelzimmern konnte in kurzer Zeit nachgewiesen werden.

Gießen — was sind „Persilscheine"?

Unser J.W.E.-Korrespondent schreibt aus *Gießen:* Gießen ist durch Luftangriffe schwer mitgenommen worden. Fast 80 v. H. aller Gebäude wurden zerstört oder beschädigt. Der in den Straßen teilweise meterhoch liegende Schutt wurde von den Einwohnern in gemeinsamer Arbeit beseitigt. An vier Samstagen blieben alle Geschäfte und öffentlichen Ämter geschlossen und „*vom Bürgermeister bis zum Schornsteinfeger*" halfen alle mit, den Schutt auf Fuhrwerke und Lastautos zu laden. Überall in der Stadt ist das Motto des Oberbürgermeisters angeschlagen: „Wir wollen die Vergangenheit gutmachen, die Gegenwart bezwingen und die Zukunft gestalten!"

Um zu versuchen, die *Vergangenheit gutzumachen*, werden alle Nationalsozialisten, die auf Grund des Gesetzes Nr. 8 aus ihren bisherigen Stellungen entlassen wurden, in „mobilen Arbeitskolonnen" beschäftigt, die die dringlichsten Arbeiten des Tages ausführen. Sie arbeiten acht Stunden zu vorgeschriebenen Löhnen und sollen, wenn sie arbeitswillig am Wiederaufbau mitgeholfen haben, wieder für das allgemeine Wirtschaftsleben freigegeben werden. Durch großzügige Hilfsmaßnahmen wird denen geholfen, die im „Dritten Reich" aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt wurden. Die Hauptaufgaben einer Betreuungsstelle, die zu diesem Zweck gegründet worden ist, besteht darin, all diesen Menschen zu einer gesicherten Existenz zu verhelfen.

Um die *Gegenwart zu bezwingen*, gilt es hauptsächlich, Flüchtlingsströme durch Gießen zu führen, sie zu verpflegen und ihnen oft für längere Zeit eine Unterkunft zu geben. 1000 Menschen werden täglich verpflegt, 500 übernachten in den Flüchtlingslagern der Stadt. Deutsches Sanitätspersonal arbeitet am Bahnhof beinahe Tag und Nacht. Die Wohnungsnot und der Winter zwingen allerdings die verantwortlichen Stellen, die *Zuzugssperre* nach Gießen streng durchzuführen, damit die Bevölkerung mit den notwendigen Nahrungsmitteln und Brennstoffen versorgt werden kann.

Der Wille, die *Zukunft zu gestalten*, zeigt sich in Gießen im beginnenden politischen Leben. Die demokratische Stadtverwaltung hat einen Ausschuß gebildet, der für die Säuberung des öffentlichen Lebens und des Wirtschaftslebens verantwortlich ist und die Gesuche der Nationalsozialisten um Wiedereinstellung bearbeitet. In Gießen heißen diese Gesuche volkstümlich „*Persilscheine*", weil sich die Mitglieder der ehemaligen NSDAP. damit weiß zu waschen versuchen. Fünf Parteien erhielten die Genehmigung der Militärregierung, sich politisch zu betätigen. Die Organisation der Sozialdemokratischen Partei ist am weitesten fortgeschritten.

DAS FREIE WORT

Eine immer steigende Anzahl von Briefen beweist, mit welcher Freude unsere Leser die Gelegenheit ergreifen, ihre Meinung über Fragen des Tages offen aussprechen zu können. Die Öffnung des Postverkehrs bietet nun Lesern in ganz Deutschland Gelegenheit, Briefe an „Die Neue Zeitung" zu senden. Zuschriften sind an die auf der letzten Seite unseres Blattes angegebene Adresse zu richten. Sie sollen im rechten unteren Winkel des Briefumschlags- oder der Postkarte den Vermerk „Das freie Wort" tragen.

„DAS FREIE WORT"

Wir entnehmen aus der uns zugegangenen Zuschrift von Walter *Jäkel*, Bayreuth, Cosima-Wagner-Straße 1, folgende Ausführungen: „Ich habe heute weder eine Klage, Rechtfertigung oder gar eine ‚Denunziation', sondern ein Verwundern und Staunen, das sich in mir Luft machen möchte, vorzubringen. Als ich zum ersten Male den Titel ‚Das freie Wort' las, dachte ich: Was ist das überhaupt, ‚Das freie Wort'? Ein freies Wort gibt es ja gar nicht – es sei denn, daß sie dich hinterher einsperren. Wer wird sich wohl in die Gefahr begeben, seine Meinung zu äußern! Aber siehe da, als ich mich in die Lektüre des ‚Eingesandt' vertiefte, merkte ich mit Verwunderung, daß es doch ein ‚freies Wort' gibt. Keine Unwetter mit Schnellgericht und KZ. brachen über die Einsender herein, kein Vorbehalt der Ausführungen von seiten der Zensur war ersichtlich. So weit waren wir also herabgesunken und versklavt, zur stummen Duldung verurteilt, daß ich noch heute die Pflaster zu spüren vermeine, die uns kreuz und quer über den Mund geklebt waren. Erst heute erkenne ich mit voller Schärfe, wie armselig, verknechtet und gewaltsam demoralisiert wir waren. Ein ‚freies Wort' in der Zeitung – wer hätte es aufgegeben, welche Zeitung hätte es gedruckt!"

DER FALL EBERMAYER

Der Schriftsteller Dr. Erich *Ebermayer* sendet uns eine Erwiderung in deutscher und englischer Sprache zu unseren Enthüllungen über seine Verbindung mit dem Nationalsozialismus. In der offenbaren Annahme, daß die nationalsozialistischen Pressemethoden noch nicht abgeschafft seien, verlangt Ebermayer eine Veröffentlichung „an gleicher Stelle und in gleicher Schriftgröße" wie die erwähnten Enthüllungen. Demokratische Blätter lassen sich weder Placierungen noch Schriftgrößen vorschreiben. Dagegen sind sie bereit, eine Erwiderung zu veröffentlichen, eine Erwiderung übrigens, mit der der Fall Ebermayer, über den nun das Publikum und die Nachrichtenkontrolle zu entscheiden haben, für unser Blatt abgeschlossen ist. Erich Ebermayer schreibt: „Der in der ‚Neuen Zeitung' veröffentlichte Brief von mir an den Kritiker der ‚Krakauer Zeitung' vom 6. 5. 42 mag manchem Leser – und vielleicht auch der Schriftleitung – zunächst unerklärlich scheinen. Er ist jedoch sehr einfach zu erklären: Dieser Brief ist selbstverständlich nichts anderes als Teil einer planmäßigen, seinerzeit mit meinem Anwalt und meinen Freunden genau erwogenen Irreführung der Gestapo. Ähnliche Briefe, in denen es von angeblichen hohen und höchsten Beziehungen und Protektionen wimmelte, schrieben wir nicht nur an öffentliche Stellen und an literarische Gegner, sondern wir schrieben sie uns auch innerhalb unseres vielfältig verfolgten Freundeskreises. Sie dienten ausschließlich zur Täuschung der Gestapo. Es gelang fast immer, sie entweder direkt – infolge der Briefkontrolle – oder die Kopien auf Umwegen zur Kenntnis der Gestapo zu bringen. Wiederholt wurden mir bei Vernehmungen von der Gestapo Photokopien solcher Tarnungsbriefe vorgelegt. Der veröffentlichte Brief ist am 6. Mai 1942 geschrieben. Wenige Tage vorher war ich in Berlin von der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße wegen heimlicher Weiterbeschäftigung meiner jüdischen Sekretärin, Emilie Heymann, Berlin-Friedenau, Bornstraße 1, vernommen worden. Ich erhielt eine ‚staatspolizeiliche Verwarnung'; es wurde mir weiter eröffnet, daß gegen mich ‚schwere staatspolizeiliche Maßnahmen' ergriffen würden, falls ich mit der Heymann noch weiter irgendwelche Verbindung haben werde. Ich unterstand seit mehreren Wochen wegen des Falles Heymann der Brief- und Telephonkontrolle und wurde von der Gestapo überwacht. Mein Anwalt, Rechtsanwalt Dr. Nath, riet mir, Berlin für einige Zeit zu verlassen. Er selbst nahm sich indessen der Heymann an. In Kaibitz erhielt ich am 5. Mai die telephonische Nachricht, daß die Heymann zum Abtransport in ein KZ.-Vernichtungslager für den übernächsten Freitag angesetzt sei. Entgegen der Warnung meines Anwalts fuhr ich am 8. Mai nach Berlin zurück. Dr. Nath und ich berieten die Heymann. Es gelang mir, zusammen mit zwei Freunden, ihren Abtransport durch ‚Geldspenden' an die SS. – über einen Arzt der jüdischen Gemeinde – zunächst mehrmals zu verschieben, die Heymann später verschwinden zu lassen und fast drei Jahre lang in Bayern zu verstecken. In dieser Lage, zwischen Gestapo-Vernehmungen und Gestapo-Überwachung, zwischen Verschickungsbefehl und Verschickungsverschiebung, ist dieser Tarnungsbrief geschrieben. Der Kampf ging für meine langjährige Mitarbeiterin, für meine Freunde und für mich selbst um Leben oder Tod. Das wird niemand verkennen. Ohne Briefe wie diesen wäre die Rettung meiner jüdischen Sekretärin jedenfalls niemals gelungen. Wer aber kann mir heute aus der Wahl der Mittel, mit denen ich kämpfen mußte, einen Vorwurf machen? Wenn irgendwann, dann heiligte hier der Zweck das Mittel." (Folgen mehrere Zeugen.)

KRUPP UND DIE PSYCHIATRIE

Zu dem Aufsatz „Alfred Krupp und die Psychiatrie" schreibt Geheimer Medizinalrat Prof. Dr. Oswald *Bumke*, Direktor der Universitätsnervenklinik München: „1. Mit den während des Krieges in deutschen Irrenanstalten begangenen Verbrechen, die niemand tiefer verabscheuen kann als ich, habe ich nicht das geringste zu tun. Ich bin auch überzeugt, daß niemand, der mich kennt, mir eine solche Beteiligung zutrauen wird. 2. Zur Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie habe ich keine anderen Beziehungen, als daß ich seit 1928 als Vertreter der Münchener Medizinischen Fakultät an den jährlich einmal stattfindenden Sitzungen des Stiftungsrates habe teilnehmen müssen. (Die übrigen Mitglieder des Stiftungsrates sind Vertreter der Regierung, der bayerischen und preußischen Kreise, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und der Stifter, wie zum Beispiel der Stiefsohn des Hauptstifters James Loeb, gewesen.) In diesen Sitzungen sind von 1928, seitdem ich an ihnen teilgenommen habe, bis 1944 zweimal Berufungen von neuen Abteilungsleitern, nämlich die von Professor Kurt Schneider und von Professor Scholz, besprochen worden. Auf die Anstellung von Assistenten und so weiter hat der Stiftungsrat keinen Einfluß gehabt. Die regelmäßigen Aufgaben des Stiftungsrates haben darin bestanden, den Etat für das nächste Jahr zu bewilligen. 3. An die mir unterstellte Universitäts-Nervenklinik München ist niemals das Ansinnen gestellt worden, Kranke zur Euthanasie auszuliefern. Als ich aber – sehr spät, nach meiner Erinnerung im Spätherbst 1940 – gerüchteweise über in Irrenanstalten begangene Verbrechen gehört habe, haben meine Mitarbeiter und ich die Aufnahme von Geisteskranken in die Heil- und Pflegeanstalt Eglfing nach Möglichkeit zu verhindern versucht, bis mir gesagt worden ist, die ganze gegen Geisteskranke gerichtete Aktion sei wieder eingestellt worden. 4. Mehr zu tun ist mir nicht möglich gewesen, weil ich seit 1933 ohne jeden politischen Einfluß und ohne jede Beziehung zu führenden Persönlichkeiten des nationalsozialistischen Regimes gewesen bin. Ich habe Hitler niemals gesprochen, Himmler niemals gesehen und weiß selbst heute – von unkontrollierbaren Gerüchten abgesehen – noch nicht, wer für die gegen Geisteskranke gerichtete Aktion verantwortlich gewesen ist. Daß ein öffentliches Auftreten in der Presse oder im Rundfunk für einen nicht zur Partei gehörigen Mann im damaligen Deutschland unmöglich gewesen ist, ist bekannt."

„GESETZ NR. 8"

Karl *Rueß*, Ulm, Einsteinstraße 3, teilt folgende Beobachtungen mit: „Reger Betrieb herrscht in jenen Ämtern, die sich mit der Ausführung des Gesetzes Nr. 8 befassen. Groß ist die Zahl der täglich eingehenden Meldungen über alle Personen, die mit anderen als ‚gewöhnlichen Arbeiten' beschäftigt sind. Nicht minder groß ist aber auch der Eingang von Schriftstücken, in denen der bekannte Paragraph 5 in Anspruch genommen wird. Ja, es scheint gerade, als ob dieser Paragraph nur deshalb geschaffen worden sei, um alle diejenigen, die ihn beanspruchen, ins richtige Licht zu bringen. Da ist ein Bauunternehmer seit Mai 1933 in der Nazipartei und in der SA. Schießreferent gewesen. Unter Berufung auf den Paragraph 5 führt er nun in seinem Gesuch an, daß er sich in seinem Betrieb stets für die Ausmerzung nazistischer und militaristischer Gedankengänge eingesetzt habe! – Ein Prokurist einer Handelsfirma erinnert sich dabei an einen jüdischen Verwandten, trotzdem er noch nach den Judenpogromen der Nazipartei beigetreten ist. – Ein anderer behauptet sogar, daß er Herrn Müller und Herrn Schulze nicht hätte helfen können, wenn er nicht Mitglied der Partei geworden wäre. – Noch viele Beispiele ließen sich anführen von solchen Kreaturen, deren Vorstellungsverfahren zum Spiegelbild ihrer wahren Gesinnung wird."

Jeder lernt ENGLISCH

Ein Sprachkurs für die Leser der „Neuen Zeitung" (Nr. 10)

Habt Ihr, liebe Schüler, schon einmal ein Rendezvous gehabt? Der teacher (tihtscher) fragt das natürlich nicht aus Neugierde, sondern zu Unterrichtszwecken. Er nimmt also an, daß Ihr schon einmal ein Stelldichein = a date (ä deht) gehabt habt. A date (ä deht) heißt, wie manche schon erraten haben dürften, ursprünglich ein Datum, hat aber später obige interessante Nebenbedeutung bekommen. I have a date to-night (ai häw ä deht tu-nait) bedeutet also: ich habe ein Rendezvous heute abend. To-night (tu-nait) heißt nicht heute nacht, sondern heute abend, ebenso wie to-day (tu-deh) heute — bei Tag — heißt. Nun will der teacher noch eine Gewissensfrage stellen: „Ist die Erwartete immer pünktlich gewesen?" Überflüssige Frage! Natürlich war sie nicht pünktlich. Sie kam zu spät = she was late (schi uos leht). Wörtlich übersetzt: sie war spät. late (leht) = spät, later (lehter) später, the latest (dhe lehtest) = der, die, das späteste.

★

„Aber Frau Maier, wieso hab'n Sie sich den Kiefer verrenkt?"

„Ich lerne jetzt Englisch in der ‚Neuen Zeitung'."

Aber da es bekanntlich auch vorgekommen ist, daß manchmal nicht nur „sie", sondern auch „er" unpünktlich war, müssen wir das Wörtchen „war" rasch nach allen Regeln der Kunst (besser noch: nach allen Regeln der Grammatik) biegen und lernen: I was late (ai uos leht) = ich war spät, you were late (juh uehr leht) = du warst spät, he, she, it was late (hi, schi, it uos leht) = er, sie, es war spät; we were late (uih uehr leht) = wir waren spät, you were late (juh uehr leht) = ihr waret spät, they were late (dheh uehr leht) = sie waren spät. Also nicht vergessen: Nur in der ersten und dritten Person Einzahl heißt „war" — was (uos). In allen anderen Personen heißt es were (uehr)!

Ein Zeitwort, das man wissen soll, ist „wissen" = I know (ai nouh, das „k" bleibt stumm!). "What do you know?" (uot do juh nouh) heißt „was tust du wissen", ist aber auch als Redensart in der Bedeutung: „Was sagst du dazu?" „Hättest du dir das einfallen lassen?" gebräuchlich. I look (ai luk) heißt: Ich schaue, ich blicke; man spricht auch von einem good looking girl (gud luking görl), das ist aber nicht ein Mädchen, das gut sieht, sondern das gut aussieht, also ein gut aussehendes, hübsches Mädchen. „Ich schaue dich an" heißt: I look at you (ai luk ät juh), eigentlich: Ich schaue auf dich. At (ät), das verflixte Vorwort, von dem wir schon gehört haben, hat also hier wieder einmal eine neue Bedeutung.

Wir haben schon anläßlich des schwermütigen Gedichtes über Herrn Frederick Grunday gehört, daß „schlecht — schlechter — am schlechtesten" bad — worse — worst (bäd — uörs — uörst) heißt. Wir sollten uns auch das Gegenteil merken: gut — besser — am besten = good — better — best (gud — better — best). „Immerzu", aber auch „jedesmal" heißt all the time (ohl dhe taim) eigentlich „all die Zeit", also: immer.

Ein sehr, sehr schweres Wort mit ungezählten Anwendungsmöglichkeiten und vielfacher Bedeutung ist: to get = werden, im Sinne von Entwickeln. Zum Beispiel fragt man manchmal: „how are you getting on?" (hau ahr juh getting on?) eigentlich: wie kommen sie vorwärts. Wörtlich: Wie sind sie werdend? It gets besser (it gets better) es wird besser, es geht (schon) besser. „Get" kann auch erhalten, sich verschaffen heißen und noch vieles andere. Get out of here (get aut of hihr) heißt auf Englisch die freundliche Aufforderung: Schau, daß du hinauskommst! Wie man sieht, ist "get" eine Art Universalwort, von dem wir noch allerlei hören werden. The stranger (dhe strehnscher, mit weichem sch) heißt „der Fremde", a couple (ä kapl) ist ein Paar, a couple of days (ä kapl of dehs) sind ein paar Tage, a couple of days ago (ä kapl of dehs ägoh) ein paar Tage vorher, also vor ein paar Tagen. I think (ai dhink) = ich denke. Wir merken uns auch gleich: Ich dachte = I thought (ai dhoht), ich habe gedacht = I have thought (ai häw dhouht).

Romantisch, wie wir sind, merken wir uns noch I dream (ai drihm) = ich träume. I dreamt (ai drämt) = ich träumte, I have dreamt (ai häw drämt) = Ich habe geträumt. Oftmals hört man auch: I dreamed (ai drihmd) = Ich träumte. The dream (dhe drihm) heißt, wie wir schon gelernt haben, der Traum und the dreamer (dhe drihmer) = der Träumer ... Sehr leicht sind die zwei kleinen Wörtchen: niemals und jemals zu merken. Niemals heißt never (newer), jemals ever (ewer). „Vielleicht", „mag sein" heißt may be (meh bih). Daß man im Englischen manche Abkürzungen gebraucht und zum Beispiel statt it is (it is) = es ist, meistens it's (its) sagt, wissen wir schon, häufig begegnet man auch dem Wort he'll (hill), Abkürzung für „he will" (hi uill) = er wird, oder he d (hi-d) Abkürzung für he would (hi wudd) = er würde. Wenn wir uns jetzt noch merken, daß though (dhouh) „obwohl", tight (tait) eng, fest, to hold tight = fest halten, to say (seh) sagen, the moon (muhn) der Mond, the beam (dhe bihm) der Strahl, to shine (tu schain) scheinen, different (diffrent) verschieden — man denke an das Wort Differenz — und light (dhe lait) das Licht heißt, dann sind wir in die Lage versetzt, das „Jubiläum" unserer heutigen zehnten Lektion mit einem sehr beliebten amerikanischen Liedchen zu feiern. Auch jene, die weniger für Schlager und mehr für Grammatik schwärmen, werden da gerne mittun, denn auch an Schlagern kann man nützliche Sprachstudien machen. Der teacher will seiner Klasse hiermit den Text des berühmten songs „My dreams are getting better all the time" wiedergeben. Er kann das nur aus dem Gedächtnis tun, hofft aber, daß der Text doch in der Hauptsache stimmt. Hier ist er:

What do you know? She smiled at me (uot du juh nouh schi smaild ät mih)

In my dreams last night (in mai drihms lahst nait)

My dreams are getting better all the time (mai drihms ahr getting better ohl dhe taim)

And what do you know? She looket at me in a different light (änd uot do juh nouh schi lukd ät mih in ä diffrent lait).

My dreams are getting better all the time (mai drihms ahr getting better ohl dhe taim).

To think that we were strangers (tu dhink dhät uih uehr strehnschers, weiches „sch").

A couple of nights ago (ä kapl of naits ägoh).

And though it's a dream I never dreamed (änd dhouh its ä drihm ai newer drihmd).

She'd ever say „Hallo" (schi'd ewer seh helloh).

Oh! May be to-night, she'll hold me tight (oh meh bih tu-nait, schi'll hold mih tait).

When the moon beams shine (uenn dhe muhn bihms schain).

My dreams are getting better all the time (mai drihms ahr getting better ohl dhe taim).

Nachdem wir die vielen neuen Vokabeln oben brav gelernt haben, fällt uns jetzt die Übersetzung gar nicht mehr schwer. Wir singen also vorerst einmal alle im Chor das träumerische Liedchen, nicht so sehr aus musikalischen Gründen und auch nicht wegen zärtlicher Stimmung, sondern — wegen der Aussprache! Dann übersetzen wir flott: „Was sagt man dazu? (oder auch): Na, so etwas! Sie lächelte mich an in meinem Traum letzte Nacht. — Meine Träume werden immer besser. — Na, so etwas! Sie sah mich an in einem ganz verschiedenen Licht (also ganz anders als sonst). Meine Träume werden immer besser. — Zu denken, daß wir Fremde waren vor ein paar Nächten. — Und obwohl es ein Traum ist, ich träumte niemals (hab es mir nie träumen lassen), daß sie jemals ‚Halloh' sagen würde. (Also mich jemals freundlich begrüßen würde). Oh, vielleicht wird sie mich heute abends eng (umschlungen) halten, wenn die Mondesstrahlen leuchten (scheinen). Meine Träume werden immer besser!" — Hoffentlich kann jeder Schüler auch bald sagen: „My English is getting better all the time!"

★

World View

Control of the American zone in Germany will be taken away from the Army and turned over to the U. S. State Department "sometime beween April and July," William Benton, Secretary of State said recently. Benton said: "The Army will not be withdrawn but will become what the Army should be, an occupying military force in contradiction to its present status, which is military government."

*

Enough penicillin to treat 225 000 cases of venereal disease among German civilians has arrived in Frankfurt by air from the U. S.

*

The Spanish consulate in Munich has been closed following discovery that 114 passports have been issued from it illegally in the past three months.

Uörld Wiuh

Kontrol of dhe ämerikän ssohn in dschörmäni uill bih tehkn ä-ueh from dhi ahrmi änd törnd ower tu dhe iuh es steht dipahrtment ssamtaim bituihn ehpril änd dschulai, Williäm Bentn, sekretäri of steht sed rihssentli.

Bentn sed: dhi ahrmi uill not bih uidhdrohn batt uill bikam uot dhi ahrmi schudd bih, än okiupai-ing militäri fohrss in konträdikschn to its present stätus uitsch is militäri gowernment.

*

Inaif penissillin to triht twohandred-änd-tuenti-faif-dhausänd kehsis of venihriäl disihs ämong dschörmän ssiwiliäns häs äreiwd in Frankfurt bai ähr from dhe juh es.

*

Dhe spänisch Konsaleht in Miunick häs bihn klohsd follouh-ing diskoweri dhät händred änd fohrtihn pahsspohrts häw bihn issiud from it illihgälli in dhe pahst dhrih mondhs.

Blick in die Welt

Die Kontrolle der (über die) amerikanische(n) Zone in Deutschland wird der Armee abgenommen werden und irgendwann zwischen April und Juli dem amerikanischen Staatsdepartement übertragen werden, sagte kürzlich Staatssekretär William Benton. (Wörtlich: ... wird sein genommen weg von der Armee und gelenkt hinüber zu dem Staatsdepartement ...)

Benton erklärte: Die Armee wird nicht abgezogen, wird aber werden, was eine Armee sein soll, eine militärische Besetzungstruppe, im Gegensatz zu ihrem derzeitigen Status, dem einer Militärregierung.

*

Genügend Penicillin, (um) 225 000 Fälle von Geschlechtskrankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung zu behandeln, ist aus den Vereinigten Staaten in Frankfurt auf dem Luftweg (by air) eingetroffen.

*

Das spanische Konsulat in München ist, nachdem man entdeckt hatte, daß es in den letzten drei Monaten 114 illegale Pässe ausgegeben habe, geschlossen worden. (Wörtlich: Das spanische Konsulat in München ist worden geschlossen folgend Entdeckung, daß 114 Pässe sind geworden ausgegeben von ihm ungesetzlicherweise in den vergangenen drei Monaten.)

THE TEACHER REPLIES (dhe tihtscher ripleis). Seiler (Meitingen): Herzlichen Dank. — Harald Plietsch (Oberkotzau): Besten Dank für die netten Scherze. — A. Dieffenbach (Ruhpolding): Ihre gute Anregung scheitert leider an Raummangel. — Hermann Kick (Weiden): Ihre Fragen vom 28. Oktober sind inzwischen in unserem Kurs beantwortet worden. — Franz Bernhard (München): Ihr altes Lexikon hat unrecht. — L. Bechteler (Ottobeuren): Der teacher freut sich, auch im Allgäu so fleißige Schülerinnen gefunden zu haben. Ihr Wunsch wird demnächst erfüllt.

Tagebuch

Ohne Welterlösung

Meine sehr aufschlußreiche Post — der so willkommene Kontakt mit dem Leser — weist eine immer wachsende Anzahl von Briefen auf, die sich mit der Welterlösung beschäftigen.

Von dem Techniker angefangen, der eine elektrische Klingel zur Verhütung von Weltkriegen erfunden, bis zum Soziologen, der sich einen ganz einfach funktionierenden Staatenbund ausgedacht hat, marschiert eine volle Division von Erlösern auf, die wissen, wie man es macht, um die Welt zu retten und zu beglücken. Nicht all diese Leute sind Narren, und sehr oft steckt in ihren abstrusen Ideen ein gutes Körnchen Vernunft und Wahrheit. Was aber das bemerkenswert Gemeinsame an den Plänen der Narren, Halbnarren und der durchaus Normalen ist, das ist die deutsche Krankheit, unsere Erde als etwa die kleinste Einheit zu sehen, in deren Rahmen sie überhaupt noch denken können. Mit etwas Geringerem als der Welterlösung geben sich diese Entdecker, Erfinder und Erdenker überhaupt nicht ab; alles, was sie sagen, tun oder denken, ist enorm: tausend Jahre sind ihr Zeitmaß, der Globus ist ihre geographische Grenze, und das Hitlersche „So oder so" ist die Bedingung ihrer Ideologie. Der Gedanke, daß das Heil der Welt von Deutschland kommen muß, steckt ihnen in den Knochen. Psychologisch ist es freilich auch so, daß man, vor den Ruinen seines Hauses stehend, lieber an die Errichtung des Weltgebäudes denkt als an das Ziegeltragen, und daß man sich lieber mit Philosophie einheizt, als Holz hackt. Worauf es dagegen ankommt, ist, daß der deutsche Mensch die Notwendigkeit der Selbsthilfe vorerst einmal erkennen muß, daß er lernen muß, zurückzukehren zur individuellen Verantwortung und zum nationalen Pflichtgefühl. Eine solche Mahnung wirkt seltsam, vielleicht sogar aufdringlich, wenn sie von amerikanischer Seite erfolgt. Und doch ist es eine Tatsache, daß Hitler den nationalen Aufbauwillen getötet hat; im Wunschtraum seines imperialistischen Nationalismus sollten die Unterworfenen und die „Hilfs"-Völker Deutschland aufbauen, während sich die Deutschen damit hätten beschäftigen können, die Welt nach deutschem Muster umzumodeln. Dieser Wunschtraum ist nun ausgeträumt. Wer heute national denkt, der muß darangehen, den Tag zu überwinden, den deutschen Tag mit seiner Kälte und seinem Hunger, seiner Not und seinen verödeten Häusern. Der deutsche Patriotismus ist keine Exportware mehr, sondern eine innere Angelegenheit. So kommt es, daß der Erfinder, der Heizmaterial aus Torf schafft, der Baumeister, der an einem schnell zu errichtenden Nothaus arbeitet, der Politiker, der eine Form sucht, mit der Besetzungsmacht auszukommen, ihrem Land bessere Dienste erweisen als die Schar der Erlöser, die in Riesendimensionen spekulieren. Die Zeit der „Größe" ist vorbei. Wer es erkennt, wird finden, daß das Glück ohnedies im Kleinen wohnt…

*

Beleidigte Künstler

Die freimütige Theater- und Kunstkritik der „Neuen Zeitung" aus all jenen Teilen Deutschlands, wo wir unsere Rezensenten haben, findet nicht immer die volle Zustimmung der Künstlerkreise. Man ist eine offene Sprache nicht mehr gewohnt. Im Dritten Reich wurde nur der zum Kunstbetrieb zugelassen, der den Segen der Partei genoß; wer sich aber dieses Segens rühmen durfte, der war geschützt vor der Unbill der Kritik. Ein klassisches Beispiel ergibt sich wohl aus dem Brief Erich Ebermayers aus dem Jahre 1942, den wir unlängst veröffentlichten, in dem er einen Kritiker anschnauzt, und zwar mit der Begründung, daß dem Kritiker doch zu passen habe, was Dr. Goebbels recht sei. Darin aber liegt eben der ganze Unterschied zwischen der nationalsozialistischen und der demokratischen Kulturpolitik, daß zwar auch die Amerikaner „Lizenzen" erteilen, um das Vordringen undemokratischer Elemente unmöglich zu machen, daß aber ein Patentbrief der Betätigung noch keinen Patentbrief des Talents darstellt. Wenn in einem Theater, das die Amerikaner lizenziert haben, gepfiffen wird, so ist dies Sache des Theaters und seiner Besucher, und wenn ein patentierter Schriftsteller keinen Verleger findet, so liegt das wahrscheinlich an seinen Büchern. Patentiert und talentiert ist nicht dasselbe; Lizenzen erteilt die Nachrichtenkontrolle, aber das Genie kommt vom lieben Gott. Aus dieser Einstellung, so verschieden von der gottesähnlichen des Propagandaministeriums, fließt das Recht und die Pflicht zur Kritik. Der unbegabte Schauspieler, der spielen *darf*, weil er kein Nationalsozialist war, kann sich nicht darauf verlassen, daß er auch spielen *wird*; Lizenzen erhält man für anständiges Verhalten, Applaus für eine gute Leistung. Die „Neue Zeitung" wird also fortfahren, ein schlechtes Stück ein schlechtes Stück zu nennen, einen eitlen Laffen zu verulken und eine Sängerin ohne Stimme abzulehnen. In seiner heiteren Hinrichtung Sudermanns dichtete Alfred Kerr die schönen Zeilen: „Von Malaga bis in die Pfalz / Beklagen stets die Weinverfälscher / Die Roheit ihres Staatsanwalts." — Man ist nicht hier, um milde zu sein. Sondern um darauf zu achten, daß das deutsche Publikum nach der Enttäuschung eines Theaterabends nicht noch abgekühlter in die ungeheizten Wohnungen zurückkehrt.

Hans Habe

Nobelpreis für deutschen Gelehrten

Otto Hahn erhält den Nobelpreis für Chemie — Das Leben des Gelehrten, von seinen Schülern erzählt

NZ STOCKHOLM, 18. November

Hier wird soeben die Verleihung von Nobelpreisen an drei Wissenschaftler und an eine Schriftstellerin bekannt, und zwar an einen Deutschen, einen Finnen, einen Österreicher und eine Chilenin.

Professor Otto *Hahn*, ehemaliger Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin, hat den Chemie-Nobelpreis von 1944 für wichtige Entdeckungen auf dem Gebiet der Atomenergie erhalten. Professor Hahn soll sich — einer Meldung der BBC. zufolge — derzeit in den Vereinigten Staaten befinden.

Professor Arturi *Virtanen* in Helsinki, ein führender finnischer Biochemiker, erhält den Chemie-Nobelpreis für 1945, und zwar für seine Entdeckungen auf dem Gebiet der Ackerbau- und Lebensmittelchemie, besonders für die Erfindung einer neuen Methode der Futtermittelkonservierung.

Professor Wolfgang *Pauli*, ein österreichischer Gelehrter, erhält den Physik-Nobelpreis 1945. Professor Pauli führte seine Forschungen auf dem Gebiet der Atomenergie seit 1940 in den Vereinigten Staaten weiter.

Der Literatur-Nobelpreis für 1945 wurde der chilenischen Dichterin Gabriele *Mistral* zugesprochen. (Während des Krieges ist kein Literaturpreis verliehen worden.)

Der Nobelpreis für das Jahr 1945 für Medizin wurde, wie wir bereits berichteten, den britischen Gelehrten Sir Alexander *Fleming*, Sir Eduard *Florey* und Dr. Ernest *Shayne* für die Entdeckung und Nutzbarmachung des Penicillin zugesprochen.

Wie berichtet, hat der frühere amerikanische Außenminister Cordell *Hull* für seine Bemühungen um eine internationale Verständigung den Friedens-Nobelpreis für das Jahr 1945 erhalten.

Wolfgang Pauli und Mistral

Über die jüngsten Nobelpreisträger, von denen natürlich Prof. Otto Hahn in Deutschland am besten bekannt ist, wird noch Folgendes gemeldet:

Professor Dr. Wolfgang *Pauli*, der den Physikpreis für 1945 erhielt, ist gebürtiger Wiener. Vor zwanzig Jahren entdeckte er das Prinzip, nach dem die Elektronen in der äußeren Hülle von Atomen und Molekülen in ihren Bahnen gehalten werden. Pauli hat auf diesem Prinzip seine metallurgischen Forschungen aufgebaut. Pauli ist heute erst 45 Jahre alt.

Die mit dem Literaturnobelpreis dieses Jahres ausgezeichnete chilenische Schriftstellerin Gabriele *Mistral*, deren wirklicher Name Godoy ist, wurde durch Gedichtbände bekannt. Ihr erstes Buch erschien 1908. Sie schrieb auch soziologische Artikel, die besonders in Südamerika Aufsehen erregten. Gabriele Mistral war aber nicht nur auf literarischem Gebiet tätig. Sie hatte den Lehrstuhl für Hygiene an einer Reihe von süd- und nordamerikanischen Universitäten inne, nahm an pädagogischen Unternehmungen teil und war eine der ersten Frauen Südamerikas, die als Diplomatin tätig war. Vor 1939 wurde sie Chiles Konsul in Nizza, und auch jetzt hat sie einen gleichartigen Posten in Rio de Janeiro inne. Es ist ein seltsames Spiel des Zufalls, daß in der Liste derer, die den Literaturnobelpreis erhalten haben, der Name Mistral zum zweiten Male auftaucht: im Jahre 1904 erhielt ihn der Franzose Frédéric Mistral, der durch seine Gedichte in provenzalischer Sprache und wegen seiner Verdienste um die Erhaltung dieses schönen Dialekts berühmt wurde.

Über den deutschen Nobelpreisträger Otto *Hahn* erhalten wir von hervorragender wissenschaftlicher Seite einige interessante Auskünfte.

Dr. Klaus *Clusius*, Professor für physikalische Chemie an der Universität München, schreibt uns: „Professor Dr. Otto Hahn ist der Entdecker der sogenannten Kernspaltung, deren Nachweis ihm Anfang 1939 beim Uran gelang. Während bei den radioaktiven Auf- und Abprozessen bis dahin stets nur verhältnismäßig geringe Massenänderungen beobachtet wurden, entdeckte Hahn einen völlig neuartigen und noch unbekannten Vorgang: Der Kern des Elementes Uran, und zwar seines Isotops mit der Masse 235, wurde bei der Bestrahlung mit langsamen Neutronen in leichtere Atomarten (Edelgase, seltene Erden und Kalogene) explosionsartig zersprengt. Die theoretische Bilanz dieser Versuche ergab sofort ungeheure Beträge für die dabei frei werdende Energie, welche die der energischsten chemischen Verbrennungs- und Explosionsvorgänge millionenfach übersteigt. Die Hahnsche Entdeckung erregte schon seinerzeit das größte Aufsehen in der wissenschaftlichen Welt, die in ihr zu Recht den Beginn einer neuen Ära der Forschung und Technik sah. Die durch die amerikanischen Wissenschaftler herbeigeführte Entwicklung der Atombombe geht unmittelbar auf die Hahnschen Versuche zurück. — Hahn wurde am 8. März 1879 in Frankfurt am Main geboren. Nach seinen Studienjahren arbeitete er bei dem berühmten englischen Forscher Lord Rutherford. Später war er Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin-Dahlem. Mit seinen Mitarbeitern Professor Lise *Meitner* und Dr. E. *Straßmann* gelang Hahn die „Kernspaltung". Frau Meitner und Straßmann mußten kurz darauf Deutschland infolge der Nürnberger Rassegesetze verlassen und gingen nach Skandinavien, Lise Meitner nach Schweden, Straßmann nach Dänemark. Anfang 1939 berichtete Hahn vor der englischen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft über den Stand seiner Arbeiten; dann wurde es still um ihn. Auch er verließ Deutschland, weil er seine Forschungen nicht in den Dienst der Nazi-Kriegsvorbereitungen eingespannt wissen wollte. Mit Otto Hahn ist nicht nur einer der bedeutendsten Entdecker und Forscher unserer Zeit, sondern auch ein Mann von seltenen menschlichen Eigenschaften durch die höchste wissenschaftliche Auszeichnung geehrt worden. Die Nachricht, daß gerade er den Nobelpreis für Chemie erhalten hat, muß daher alle deutschen Chemiker und Physiker doppelt mit Freude und Genugtuung erfüllen."

Äußerungen über Prof. Hahn

Das *„Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie"*, das aus Berlin nach Tailfingen übergesiedelt ist, sendet uns die nachstehende Würdigung, die aus der Feder von Dr. H. *Flammersfeld* stammt: „Im Jahre 1912 wurde Otto Hahn an das neugegründete Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin-Dahlem berufen, dem er seit 1926 als Direktor vorsteht. Hier erfolgten Entdeckungen, die ihn weltberühmt machten. 1918 entdeckte er zusammen mit Lise Meitner das Element Protactinium, das von den 92 chemischen Elementen, den Grundstoffen der Chemie, das 91. darstellt. Wenige Jahre darauf gelang ihm die Entdeckung der Kernisomerie beim Uran Z. Während es bis dahin als unumstößliche Tatsache gegolten hatte, daß ein Atom durch Angabe seiner Massenzahl und Kernladung eindeutig bestimmt ist, zeigte Hahn mit dieser Entdeckung, daß dies nicht immer zutrifft, sondern daß sich solche Atome radioaktiv verschieden verhalten können. Die Neuartigkeit dieser Entdeckung erkennt man am besten aus der Tatsache, daß sie erst viel später Beachtung fand, was in der modernen Wissenschaft ein ungewöhnlicher Vorgang ist. Es dauerte nämlich mehr als 15 Jahre, bis man weitere Beispiele von Kernisomerie auffand und diese Erscheinung zu verstehen lernte. Für Hahn folgten dann weitere arbeitsreiche Jahre, die im wesentlichen der Anwendung radioaktiver Methoden auf Probleme der allgemeinen Chemie gewidmet waren und die ihm auch bis 1933 reiche äußere Anerkennung brachten. Aus dieser Zeit verdient besonders sein Interesse an radioaktiven Altersbestimmungen der Erdkruste erwähnt zu werden. Bekanntlich haben die radioaktiven Erscheinungen die Möglichkeit geliefert, das Alter der Erde erstmalig auf ungefähr 2 Milliarden Jahren zu bestimmen. — Seit 1935 beschäftigen ihn in immer zunehmendem Maße die Erscheinungen, die beim Bestrahlen des schwersten der chemischen Elemente, nämlich des Urans, mit Neutronen auftreten. Zusammen mit Meitner und Straßmann wurden zahlreiche Untersuchungen angestellt, bis ihm zusammen mit Straßmann im Jahre 1938 die folgenschwere Entdeckung gelang, daß bei Bestrahlung mit Neutronen unter Umständen das Uranatom in zwei fast gleich große Stücke gespalten wird. Dabei wird ein selbst für Atomkerne verhältnismäßig großer Betrag von Energie frei. Gleichzeitig war damit zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit die technische Auswertung von Atomkernenergien in greifbare Nähe gerückt infolge des Umstandes, daß die zur Spaltung nötigen Neutronen bei der Spaltung in vermehrter Zahl frei werden und so eine Kettenreaktion eingeleitet werden kann. Es war verständlich, daß auf die Nachricht von dieser Entdeckung hin, die das Datum vom 22. Dezember 1938 trägt, die ganze Welt aufhorchte. Ob Professor Hahn besonders glücklich darüber ist, daß seine Antwort auf die Frage: Was passiert, wenn Uran mit Neutronen bestrahlt wird? nun zu kriegerischen Zwecken Verwendung findet, bleibe dahingestellt. Aber die damit gleichzeitig geschaffene Möglichkeit, viele radioaktive Elemente in anderweitig nicht erzielbarer sehr großer Menge zu gewinnen, ist für die Wissenschaft von höchster Wichtigkeit; die Anwendung dieser radioaktiven Produkte in der Heilkunde wird der gesamten Menschheit von ungeahntem Nutzen sein. Und schließlich wird eine andere technische Verwertung der Uranenergie mit Naturnotwendigkeit Tatsache werden, nämlich die Verwendung zu friedlichen Zwecken der Energiegewinnung. Sie muß an Bedeutung wesentlich die zu Zerstörungszwecken übertreffen. — Alle seine Freunde und Schüler schließen sich zusammen in dem Wunsch, daß Professor Otto Hahn in seinem glücklichen Fluge von Entdeckung zu Entdeckung weitereilen und ihnen noch manche Frucht seiner reifen Meisterschaft zuteil werden lassen möge. Zwar hat Goethe gesagt: Wenn jemand der Welt einen großen Dienst erwiesen hat, so pflegt diese dafür zu sorgen, daß er es nicht zum zweiten Male tun kann; doch hoffen sie, daß der Lebenslauf Otto Hahns, der bisher eine Ausnahme davon zu bilden schien, es auch weiterhin bleiben möge."

Eine *persönliche* Erinnerung an Prof. Hahn schickt uns Dr. E. *Lutz*, Frabertsham (Obb.) über Obing: „Ich sprach Hahn noch 1944 in Berlin, als ich ihn in seinem ziemlich angebombten Institut besuchte. Obgleich über das Thema ‚Atomenergie' von allen Regierungen der Welt strengstes Stillschweigen verhängt war, raunte es doch aus allen Ecken. Es war so gut wie sicher, daß in den Laboratorien Deutschlands, Englands und Amerikas an der Atombombe gearbeitet wurde. Und ich wollte versuchen, Professor Hahn darüber auszuhorchen. In seinem anheimelnden Frankfurterisch versicherte er mir so treuherzig, daß er mit der Sache nichts zu tun habe, daß ich ihm aufs Wort glaubte. Ich bin jetzt noch überzeugt, daß Hahn nicht an der Bombe, wohl aber an der industriellen Auswertung arbeitete. Wir werden wohl eines Tages darüber mehr hören. Jedenfalls ist die Verleihung des Nobelpreises an einen deutschen Forscher das erste ermutigende Zeichen dafür, daß Deutschland nach langer Zeit wieder den Anschluß an die übrige Welt zu gewinnen scheint."

*

Unter den Nobelpreisträgern, den bedeutendsten Wissenschaftlern und Künstlern unserer Zeit, findet man noch u. a. die folgenden Namen: Mommsen, Björnson, Kipling, Lagerlöf, Gerhart Hauptmann, Hamsun, Yeats, Shaw, Sigrid Undset, Thomas Mann, Sinclair Lewis, Galsworthy, Bunin, Pirandello O'Neill; Berta von Suttner, Theodore Roosevelt, Frithjof Nansen, Briand und Stresemann, Quidde, Kellogg; Röntgen, Pierre und Marie Curie, Marconi, Planck, Einstein, Bohr, Hertz, Heisenberg, Schrödinger; von Bayer, Rutherford, Ostwald, Haber, Nernst; von Behring, Koch, Ehrlich, Carrel, Wagner-Jauregg.

Prof. Otto Hahn

Die Frau tritt vor

Von Else Reventlow

Sehr tastend treten nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft die Frauen wieder an die Öffentlichkeit. Sowohl in der russischen wie in der amerikanischen und in der englischen Besetzungszone bilden sich antifaschistische Frauenorganisationen, die von einer gemeinsamen Grundidee ausgehen: der überparteilichen Zusammenfassung aller antifaschistischen Frauen. In Berlin gab Marschall Zhukow bekannt, daß in der russischen Zone diese Frauenorganisationen zugelassen sind. In Stuttgart arbeitet seit kurzer Zeit der „Frauendienst", der es sich zur Aufgabe macht, den württembergischen Behörden für alle Zweige der Verwaltung fähige Frauen zur Verfügung zu stellen, und der die Einbeziehung der Frauen in die städtischen Ausschüsse fordert. In Frankfurt am Main bereitet man die Schaffung einer Frauenpartei vor, deren politische Richtung international, sozial und pazifistisch ist.

Wenn vor 1933 besonders die linksgerichteten Parteien innerhalb ihrer Organisationen die Frauen gesondert zusammenfaßten, so geschah dies in der Erkenntnis, daß neben der allgemeinen politischen Schulung von Männern und Frauen das weibliche Parteimitglied noch eines besonderen Förderungskurses bedurfte; es sollte in politisches Denken und Handeln eingeführt werden und lernen, die ihm gewährten politischen Rechte und Freiheiten sinnvoll auszunützen. Dies war notwendig, weil die Mehrzahl der Frauen 1918 völlig unvorbereitet in das politische Leben eintrat. Während in der Zeit der Weimarer Republik bei einem Teil der Frauen das Verständnis für politische Fragen wuchs und ihr Urteil kritisch und reif wurde, waren es besonders die drei Jahre der wachsenden Arbeitslosigkeit von 1929—1932, die die politisch indifferente Frau, besonders des mittleren und Kleinbürgertums, dem Nazismus in die Arme trieb. Als der Nationalsozialismus an die Macht kam, beließ er der Frau nicht nur theoretisch die politische Gleichberechtigung und die Wirksamkeit in der Öffentlichkeit als „Tarnung" eines seiner wesentlichen Ziele, die Frau ganz aus der Politik zu entfernen, sondern er benutzte die Frauenrechte auch, um sein Ziel zu erreichen: Der Reichstag wurde mit Hilfe der Frauenstimmen gewählt, und Rednerinnen und Publizistinnen wurden ausschließlich dazu benutzt, Hitlers Ideologie zu propagieren.

Die jetzt zu neuem Leben erwachte Frauenbewegung macht es sich nicht nur zur Aufgabe, die 1933 abgebrochene politische Erziehungsarbeit weiterzuführen und, wenn notwendig, auf neue Grundlagen zu stellen. Es geht ihr vor allen Dingen darum, zu untersuchen, worauf das politische Versagen der Frau vor und während der letzten zwölf Jahre zurückzuführen ist. Interessant ist diese Fragestellung insoweit, als man festzustellen sucht, ob für die pronazistische Wahlentscheidung der Frau, die so mancher zum Anlaß nimmt, der Frau überhaupt die aktive und passive Wahlberechtigung abzusprechen, andere Gründe maßgebend waren als für die Männer. Wenn ja, entspringen sie dem Frauencharakter im allgemeinen, oder haben sie sich nur aus der spezifischen Situation der deutschen Frau ergeben. Die Erziehung der deutschen Frau zum demokratischen Denken kann erst dann wirksam werden, wenn die psychologischen Tatbestände ihrer Entscheidung für Hitler aufgezeigt und damit jene Angriffsflächen gefunden werden, von denen aus eine Umformung ihres Denkens vorgenommen werden muß.

Im engen Zusammenhang damit steht die Erörterung der Frage, ob vielleicht das weibliche Denken von so verschieden gearteten Voraussetzungen ausgeht, daß politische Probleme an die Frau anders herangebracht werden müssen als an den Mann. Praktisch gesprochen: bedarf es überhaupt besonderer Frauenorganisationen neben den zugelassenen politischen Parteien? Bestehen überhaupt neben den politischen Problemen, die ein anderes Gesicht annehmen, je nachdem, ob sie von Mann oder Frau angeschaut werden, noch solche, die lediglich die Frau angehen, weil sie gänzlich außerhalb der Sphäre des Mannes liegen? Gerade diese Überlegungen haben einen Kreis von Frauen dazu bewogen, eine offene Kampfstellung gegenüber dem männlichen Prinzip, das er das Kriegsprinzip nennt, einzunehmen, und von hier aus die Zusammenfassung aller Frauenstimmen in einer Partei zu fordern, die zuletzt die Frauen der Welt umfassen soll. Sie soll in aller Aktivität hervortreten, wo immer das Kriegsprinzip noch einmal Kind, Familie und Heim bedroht.

Dies ist ein Teil der Fragen, deren mehr oder minder leidenschaftliche Erörterung der Gradmesser dafür ist, in welchem Ausmaß die Frauen beginnen, an dem öffentlichen und politischen Leben Anteil zu nehmen, sie ist ein Gradmesser dafür, wie weit überhaupt die Frau als soziales Wesen die Öffentlichkeit wieder interessiert. So verschiedenartig die Diskussion sein mag, so ist sie doch erfreulich als ein Zeichen des Erwachens persönlichen Verantwortungsgefühles, des schönen Bewußtseins, daß die kommenden Entscheidungen von Männern und Frauen, auf keinen Fall aber von einer kleinen Gruppe von Männern getroffen werden.

Dachau auf der Anklagebank

Todesurteile im Belsen-Prozeß — Erster großer Prozeß in der amerikanischen Zone

— Von unserer nach Dachau entsandten M.M.G.-Berichterstatterin —

NZ DACHAU, 18. November

Der *Dachauer* Prozeß, der am 15. November begonnen hat, ist der *erste* Kriegsverbrecherprozeß, der in der *amerikanischen* Zone stattfindet. Er ist darüber hinaus der erste, in der über die Tötung und Mißhandlung von alliierten Kriegsgefangenen verhandelt werden wird, von Menschen also, die sich von allen anderen Konzentrationslagerhäftlingen dadurch unterschieden, daß sie nicht wegen eines sogenannten „Verbrechens" oder „Vergehens" angeklagt waren, sondern ihre Freiheit in Ausübung ihrer Pflicht verloren haben. Und wenn die Welt auch längst wußte, daß die große Mehrheit der KZ.-Insassen aus Unschuldigen und nicht aus Kriminellen bestand, so wurde doch angenommen, daß Kriegsgefangene selbst im Dritten Reich noch damit rechnen durften, auf Grund internationaler Vereinbarungen behandelt zu werden. Der Dachauer Prozeß belehrt uns eines Schlechteren.

*

Nach vorsichtigen Schätzungen, so sagt die Anklageschrift, sind im Lager Dachau in der Zeit vom 1. Januar 1942 bis zur Ankunft der Amerikaner — am 29. April 1945 — 30 000 Menschen, Zivilisten und Kriegsgefangene, gestorben. Sie wurden ermordet, sie wurden vergast, sie starben an Unterernährung und ansteckenden Krankheiten, die sich durch den Mangel an Hygiene, vor allem aber an Raum in den Krankenhäusern rapid verbreiteten. Die Anklage wird darüber etwa 50 Zeugen vernehmen, unter ihnen zwei der Frauen, die von der Lagerleitung in SS.-Bordelle gezwungen worden sind.

Der Gerichtshof steht unter dem Vorsitz des Brigadegenerals John M. *Lentz;* die sieben anderen Mitglieder bekleiden sämtlich den Rang von Obersten in der amerikanischen Armee.

Vierzig Männer sitzen auf der Anklagebank. Sie tragen keine Uniform mehr, aber sie haben — mit wenigen Ausnahmen — einen uniformen Ausdruck: mehr stumpf als ernst, mehr gleichgültig als verbissen.

*

Am betroffensten ist der Zuhörer, als die Vierzig ihr *Alter* angeben. Die meisten sind zwischen vierzig und fünfundfünfzig Jahre alt, ein paar Dreißiger sind darunter, der Jüngste ist gerade dreißig. Kein einziger also, der nicht 1933 schon zu eigenem Denken, eigenem Urteil und eigenen Ansichten fähig gewesen wäre. Erschütternd ist es, als der Aufruf der Namen bei *„Dr. Klaus Karl Schilling"* anlangt. Es erhebt sich ein alter Mann, ein, wie sich herausstellt, Vierundsiebzigjähriger. Es ist der Arzt, dem die Anklage die „wissenschaftlichen" Experimente an Hunderten, ja Tausenden wehrloser Häftlinge zur Last legt. Mit seinem Assistenten Dr. Hintermeyer soll er die Gefangenen mit Malaria, Blutvergiftung und anderen ansteckenden Krankheiten infiziert oder sie zu Experimenten benutzt haben, welche die Zeitdauer feststellten, die der menschliche Körper im kalten Wasser oder bei einer ausschließlich aus Salzwasser bestehenden Ernährung ertragen kann.

Der erste Verhandlungstag war in der Hauptsache mit der erwähnten Aufnahme der Personalien, Belehrung über Rechtsmittel, die den Angeklagten zur Verfügung stehen, ausgefüllt. Aber für den Zuhörer war dies nicht das Wesentlichste. Das Wesentlichste schien das Verhalten der Verteidigung. Noch bevor die Verhandlung begann, erhob sich einer der amerikanischen Verteidiger, *(Maurice J. McKeown)* dem vier weitere amerikanische Offiziere und ein deutscher Rechtsanwalt zur Seite stehen, und bestritt die Zuständigkeit des Gerichts. „Diese Vierzig", sagte er, „sind niemals von der Wehrmacht oder der Waffen-SS. entlassen worden. Folglich sind sie *Kriegsgefangene*, die dem Schutz der Haager und Genfer Konvention unterstehen. Folglich gehören sie nicht vor das Gericht der Militärregierung, sondern vor ein Kriegsgericht." Die Antwort des Anklagevertreters, Oberstleutnant W. D. *Densor*, klärte den Fall auf. „Diese Männer" sagte er, „stehen hier, gerade weil sie die genannten Konventionen verletzt und die Vorrechte von Kriegsgefangenen eingebüßt haben. Sie sind die letzten, die noch einen Anspruch darauf hätten, wie Kriegsgefangene behandelt zu werden." Das Gericht erklärte sich für zuständig.

*

LÜNEBURG, 18. November (DANA.)

Im Belsener Prozeß wurden am Samstag vom britischen Militärgerichtshof die folgenden Todesurteile ausgesprochen: Josef *Kramer* wurde zum Tod durch den Strang, Irma *Greese* zum Tod durch den Strang verurteilt. Ferner wurde der Arzt Fritz *Klein* und weitere acht Angeklagte zum Tode verurteilt. Josef Kramer war Lagerkommandant in Belsen, nachdem er vorher Kommandant eines Lagersektors in Auschwitz gewesen war. Irma Greese ist 22 Jahre alt. Sie tat sich selbst den schlimmsten SS.-Männern des Lagers gegenüber durch ihre Grausamkeiten hervor. Der 55jährige Lagerarzt Dr. Fritz Klein wählte die KZ.-Insassen für die Gaskammern aus. Alle Genannten sind zum Tod durch Erhängen verurteilt. Insgesamt wurden 30 Angeklagte schuldig erklärt. 14 Angeklagte wurden für unschuldig befunden.

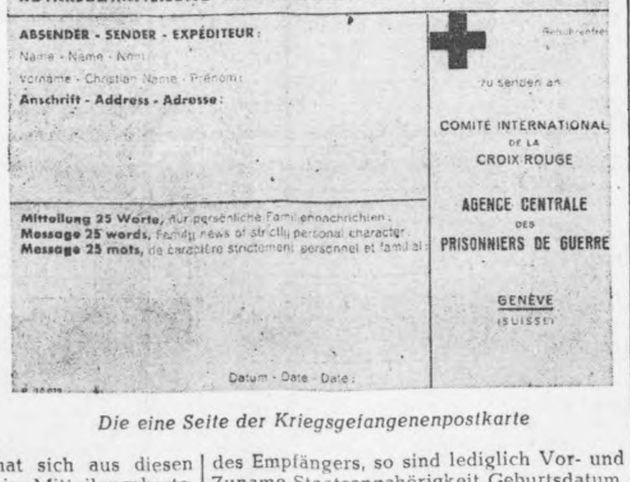
Die Post mit Kriegsgefangenen

Eine neue Regelung des Internationalen Roten Kreuzes

MÜNCHEN, 18. Nov.

Seit dem Waffenstillstand war es deutschen Familien nicht mehr möglich, sich unmittelbar an das Internationale Rote Kreuz zu wenden, um Nachrichten an deutsche Kriegsgefangene zu übermitteln oder etwas über deren Schicksal zu erfahren. Darüber hinaus ist die Nachrichtenübermittlung an die Angehörigen deutscher Kriegsgefangener durch die Umquartierungen in Deutschland wesentlich erschwert.

Das *Internationale Rote Kreuz* in Genf hat sich aus diesen Gründen entschlossen, eine Mitteilungskarte, die sogenannte „Sonderkarte Nr. 10 079", herauszugeben, die die Verbindung zwischen den deutschen Kriegsgefangenen und ihren Angehörigen wiederherstellen soll. Die Karte enthält außer den Vordrucken für die Adressen des Absenders und des Empfängers auch Raum für persönliche Mitteilungen, die 25 Worte nicht überschreiten dürfen. Wenn die Anschrift des Kriegsgefangenen bekannt ist, so ist sie anzugeben. Die Karte wird dann unverzüglich von Genf aus weitergeleitet. Ist die gegenwärtige Anschrift unbekannt oder wissen die Angehörigen nichts über das Schicksal des Empfängers, so sind lediglich Vor- und Zuname, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, militärische Einheit und, wenn möglich, die Nummer der Erkennungsmarke auszufüllen. Die Anschrift wird dann in Genf auf Grund der dort eingegangenen Auskünfte *ergänzt*. Die Angehörigen werden von der ermittelten Anschrift verständigt. In Bayern wird die Sonderkarte demnächst in allen Kreis- und Ortsstellen des „Bayerischen Roten Kreuzes" ausgegeben werden. Die ausgefüllten Karten sind den Postämtern zur Beförderung zu übergeben. Die Familien werden dringend gebeten, für jeden Kriegsgefangenen nur eine Karte auszufüllen, damit unnötige Arbeit vermieden wird.



Die eine Seite der Kriegsgefangenenpostkarte

Penicillin nach Deutschland

FRANKFURT, 18. November (DANA.)

Das Gesundheitsamt der Militärregierung berichtet, daß Penicillin auf dem Luftwege nach Deutschland gebracht worden ist, um Deutsche, die an Gonorrhöe erkrankt sind, zu behandeln. Die eingeführte Menge Penicillin genügt zur Behandlung der an Gonorrhöe erkrankten Zivilisten, deren Zahl auf etwa 225 000 geschätzt wird. Die Behandlung erfolgt durch Fachärzte in besonderen Krankenanstalten für Geschlechtskrankheiten. Das amerikanische Kriegsministerium gab seine Einwilligung zur Anwendung von Penicillin in Deutschland, um mitzuhelfen, die hohe Zahl der erkrankten deutschen Zivilisten zu verringern. Ein ausführlicher Plan der Militärregierung umfaßt die Zwangsmeldung aller Fälle von Geschlechtskrankheiten; die Untersuchung aller Angesteckten und Verdächtigen sowie die Behandlung aller Erkrankten in den dafür vorgesehenen Krankenhäusern. Die Militärregierung erlaubt die Anwendung von Penicillin nur bei Gonorrhöe. Jeder Mißbrauch des in den Vereinigten Staaten hergestellten Heilmittels wird strengstens bestraft.

Prozeßbeginn: 20. November

Der Antrag auf Ersetzung Krupps durch seinen Sohn abgelehnt

NÜRNBERG, 18. November (BBC.)

Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg hat heute einen Antrag der Anklagevertreter Amerikas, Sowjetrußlands und Frankreichs abgewiesen, an Stelle des Angeklagten Gustav Krupp dessen Sohn Alfred unter Anklage zu stellen.

Hierzu meldet „Reuter": Gustav Krupp liegt im Sterben. Die Hauptverhandlung beginnt am Dienstag. Das Gericht wird von 10—12.30 und von 2—4.30 Uhr nachmittags verhandeln. Am Samstag tagt das Gericht nur am Vormittag. Am Sonntag finden keine Sitzungen statt. Die Verhandlungsdauer wird auf drei Monate veranschlagt. Zunächst wird gegen *Ribbentrop*, *Dönitz* und *Streicher* verhandelt werden. Gegen *Bormann* wird im Abwesenheitsverfahren verhandelt.

In London wurde heute bekanntgegeben: Die offiziellen medizinischen Sachverständigen der vier Mächte hielten in der vorigen Woche in Nürnberg eine Konsultation ab, um im Zusammenhang mit dem Prozeß gewisse medizinische Fragen zu erörtern.

Wie gemeldet, hat Richter Jackson eine Verschiebung des Prozeßbeginnes gegen die 23 Hauptkriegsverbrecher auf den 3. Dezember befürwortet. 17 deutsche Anwälte, die Vertreter von 18 Nürnberger Angeklagten, erklärten den englischen und amerikanischen Journalisten, daß sie keine Vertagung beantragen würden. Dr. Hans Marx, der Verteidiger Streichers, will seinen Klienten veranlassen, den Antrag auf Verschiebung zurückzuziehen. Der Anwalt Dr. Hjalmar Schachts, Dr. Herbert Kraus, wird in der Person des Berliner Anwaltes Dr. Rudolph Dix einen Mitverteidiger erhalten. Die Verteidigung Seyß-Inquarts hat Dr. Hans Laternser, Wiesbaden, übernommen, Seyß-Inquarts bisheriger Verteidiger, Dr. Servatorius, wird sich ausschließlich der Verteidigung des ehemaligen Statthalters Saukel widmen.

WIRTSCHAFTSLEBEN

Margarine-Fabriken arbeiten wieder

160000 kg Speisemischfett für Oberbayern — Genug Raps?

re. MÜNCHEN, 18. November

Im Laufe der gegenwärtigen Versorgungsperiode ist in einem großen Teil der USA.-Zone die Belieferung mit Margarine (pro Person 125 g) wieder aufgenommen worden. Infolge der im Winter schwächeren Buttererzeugung ist es nicht möglich, die vollen Butterrationen aufrechtzuerhalten. Mit Unterstützung der Militärregierung ist es dagegen gelungen, die Margarineherstellung in dem amerikanisch besetzten Gebiet erheblich zu verstärken. Folgende Fabriken haben die Arbeit wieder aufgenommen, wenn sie auch noch nicht die Produktionskapazität erreicht haben: Margarine- und Fett-Werke *Estol*, Mannheim, Süddeutsche Margarine-Werke *Durlach* bei Karlsruhe, Vereinigte Margarine-Werke in *Nürnberg* und die Margarine-Werke Josef *Zitzelsberger* AG. München. Bei diesen Produktionsstätten handelt es sich um moderne Fabriken; die Mannheimer Werksanlagen, die durch den Krieg größeren Schaden erlitten haben, sind jetzt soweit wieder hergestellt worden, daß auch hier der Betrieb arbeitsfähig ist. Diese vier Werke sind in der Lage, ihre Fabrikation derartig zu erhöhen, daß sie jeden notwendigen Bedarf für die Zone decken können. Auf die Frage, ob genügend Rohstoffe für die Produktion zur Verfügung stehen, wird uns erklärt, daß die Versorgung für die nächsten Monate gesichert ist. Während in Württemberg zunächst die *Speiseöl-Zuteilung* bestehen bleiben soll, wird in den Gebieten von Bayern, Hessen und Baden *Margarine* verteilt werden. Die Zuteilung von 125 g pro Person und pro Versorgungsperiode soll den ganzen Winter über fortbestehen.

Im Gebiet von Oberbayern können die Einwohner an Stelle von 125 g Margarine 100 g *Speisemischfett* erhalten. Von diesem Produkt sind für die laufende Periode bereits 160 000 kg hergestellt worden. Diese zum erstenmal verteilte neue Fettart hat sich in der kurzen Zeit bei den Verbrauchern sehr gut eingeführt. Das Speisemischfett wird nur in dem Margarine-Werk Josef *Zitzelsberger* AG. in München produziert. Das Produkt enthält in seiner Zusammensetzung Speiseöl, Schweineschmalz und geläutertes Rinderfett. Die Mischung dieser Fettsorten zu einem Speisemischfett war erforderlich, da die Ausgabe der einzelnen Fettsorten verteilungsmäßig Schwierigkeiten bereiten würde. Es handelt sich hierbei um ein hundertprozentiges Reinfett, das also kein Wasser enthält. Es eignet sich besonders zu allen Koch- und Bratzwecken, wie etwa Butterschmalz, und ist auch ebenso ausgiebig.

Während bisher vor allem Walfett und Palmenkerne für die Margarineherstellung verwendet wurden, beschränkt man sich heute nur auf das aus *Raps* gewonnene Öl. Aber auch Rinderfett muß zu der Verarbeitung herangezogen werden. Allein in einem Land wie Bayern werden für eine Versorgungsperiode 1000 Tonnen Margarine und Mischfett benötigt. Neben den Nürnberger Fabriken liefern auch die Mannheimer Werke nach Bayern. In der *französischen* Zone dagegen sind keine Fabrikationsstätten vorhanden; in diesem Gebiet kann vorerst keine Margarine ausgegeben werden. In der *britischen* Zone wird seit längerer Zeit Margarine hergestellt und auch laufend zugeteilt. Diese Zone hat auch teilweise die Mitbelieferung Hessens auf Grund eines Kompensationsgeschäftes übernommen.

Raps, das die Grundlage für Öl und somit der Hauptrohstoff für die Margarine- und Fettproduktion darstellt, ist in diesem Jahre weniger als früher geerntet worden, aber die zuständigen Stellen sind bemüht, nicht nur die Anbaufläche unbeschränkt zu erhalten, sondern sie weiter auszudehnen. Der Rohstoff Öl kommt von der Firma *Hagenbucher* & Sohn in Heilbronn und vom *Verein Deutscher Ölfabriken* in Mannheim; diese beiden Werke versorgen das gesamte von der USA. besetzte Gebiet.

Die Schwierigkeiten zur Heranschaffung von Kohle für alle Margarinewerke sind vorerst überwunden, da die beiden bayerischen Fabriken die oberbayerische Kohle ohne weiteres verbrauchen können. Wenn auch das Verpackungsmaterial, wie Papier, Holz und Pappkarton, sehr knapp ist, so dürften die Vorräte für einige Monate ausreichen. Sehr knapp sind dagegen Nägel für die Kistenvernagelung.

Wirtschafts-Spiegel

• Neue österreichische Währung. Wien. — Der Sender Wien meldet: „Der alliierte Rat für Österreich kam gestern in der Währungsfrage zu einer Einigung." Reuter meldet, die deutsche Mark und der von der alliierten Militärregierung ausgegebene Schilling sollen durch eine einheitliche Währung ersetzt werden, der der österreichische Schilling zugrunde liegt.

• Uneinheitliche Börse. München. — Bei geringen Umsätzen blieben die Kurse am Freitag fast unverändert. I.G.-Farben dagegen erholten sich um 2⅛ und stiegen auf 77¼ an (Umsatz 35 000 RM.). Stahlverein etwas schwächer (113). Daimler weiter gesucht 100 bezahlt Geld. Süddeutsche Pfandbriefe weiter gesucht und ohne Angebot. Pfandbriefe aus der russischen Zone etwas fester, so z. B. Deutsche Zentral-Boden und Meininger Hypotheken beide 72 (70).

• Wirtschaftsverhandlungen Bayern-Sachsen. Berlin. — Wie die Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der russischen Zone mitteilt, sollen zwischen Bayern und Sachsen Wirtschaftsvereinbarungen getroffen werden. Hiernach soll Sachsen Saatkartoffeln liefern und von Bayern dafür Schlachtvieh und Fische erhalten. (Eine Bestätigung von amtlicher bayerischer Seite war bis Redaktionsschluß nicht zu erlangen.)

• Nitrozellulosefabrik gesprengt. Ebenhausen. — Als zweitgrößtes Werk der amerikanischen Besetzungszone ist die Nitrozellulosefabrik in Ebenhausen, ein Zweigbetrieb der I.G.-Farben im Wert von 70 Millionen Dollar, gesprengt worden. Die Fabrik war schon im Jahre 1919 auf Befehl der Alliierten zerstört, aber später wieder aufgebaut worden. Während des Krieges waren dort 2 300 Arbeiter, darunter 1500 Zwangsarbeiter, beschäftigt.

• Weizen für Deutschland. Hamburg. — Hier sind die ersten drei Schiffe einer britischen Getreideflotte eingelaufen, die noch vor Weihnachten in deutschen Häfen rund 112 000 Tonnen Weizen für die britische Besatzungszone Deutschlands löschen wird.

• Leipziger Musterschau. Leipzig. — Die Aufträge auf der sechstägigen Leipziger Musterschau belaufen sich auf 33,1 Mill. Reichsmark.

• Deschimag umgestellt. Bremen. — Die Deutsche Schiffs- und Maschinenbau-AG. in Bremen, die zum wesentlichen Teil zu Reparationsleistungen herangezogen wird, hat ihren Namen in „AG. Weser" geändert. Das Unternehmen beschäftigt zur Zeit etwa 2000 Personen.

Wirtschaftsbelebung durch USA.-Aufträge

• MÜNCHEN, 18. November (Eig. Ber.)

Es ist noch wenig bekannt, daß manche Zweige des deutschen Wirtschaftslebens durch die seitens der USA.-Armee an die deutsche Industrie erteilten Aufträge für tägliche Bedarfs- und Geschenkartikel eine Belebung erfahren haben. — Die Papierfabrik in *Dachau*, die noch zwei Zweigbetriebe unterhält, arbeitet bereits mit 390 Leuten. Die frühere Monatsproduktion von 3000 Tonnen konnte zur Hälfte erreicht werden. Von den 390 Beschäftigten sind 160 für die Amerikaner, 230 für die deutsche Bevölkerung tätig. — Die Papierfabrik *Haindl* in Schongau mit 300, das Werk *Hegge* mit 250 Mann produzieren 3000 Tonnen Zeitungspapier. Ein weiteres Unternehmen in *Lengeneltringen* in Schwaben wird mit 70 Mann demnächst die Produktion aufnehmen. — Die *Agfa* (I.G.-Farbenindustrie) ist im Augenblick noch das einzige Kamerawerk Oberbayerns. 870 Menschen fertigen hier an: Amateurkameras mit Objektiven und Kassetten. — Folgende Unternehmen brauen *Bier:* Hofbräu-AG. Bamberg, Grünerbräu Fürth, Hasenbräu Augsburg, Bischofsbräu Regensburg, Sandlerbräu Kulmbach, Staatsbräu Weihenstephan und Bürgerbräu Würzburg. In diesen Betrieben arbeiten 6000—7000 Personen. — Die *Kunsthandwerker* haben Aufträge zu erwarten, die sich auf mindestens zwei Jahre ausdehnen lassen. Die bayerischen Erzeugnisse erwecken bei den Amerikanern großes Interesse. Es handelt sich um Keramikerzeugnisse, um Lederarbeiten und Erzeugnisse der Kunstschlossereien. — Die bayerische *Blumenbildkunst* steht nicht dahinter zurück. Die Alpenblumen spielen als Motive für Bilder und Porzellan eine besondere Rolle. Von amerikanischen Dienststellen liegen, wie wir hören, Aufträge für 135 000 *Kunstblätter* und ungefähr 65 000 Kunstpostkarten vor. Mit der Bearbeitung wurde der bekannte Münchener Kunstmaler und Verleger Gerhard *Tacke* beauftragt. Hier ist voraussichtlich auch eine Exportmöglichkeit gegeben, die, von der Militärregierung und dem bayerischen Wirtschaftsministerium anerkannt, der früheren Thüringer Spielwarenindustrie gleichkommt. Sechs Druckereien und Klischeeanstalten sowie 20 Betriebe der Papier-, Farben-, Rahmen- und Zeichenindustrie arbeiten schon jetzt laufend für die Blumenbildkunst. Etwa 100 freischaffende oder festangestellte Künstler sind beschäftigt. Insgesamt finden nicht weniger als 3000—4000 Menschen Arbeit und Verdienst durch die „Bayerische Blumenbildkunst". Die *Valentin-Linhof*-Werke in München, Präzisionskamerawerk, bringen, wie wir erfahren, in nächster Zeit eine neue Kamera heraus. Diese hat einen Entfernungsmesser, der mit dem Bodenauszug gekoppelt und so verstellbar ist, daß drei verschiedene Objektive damit arbeiten können. Für diese Kamera kann man jeden Film verwenden.

Thyssen baut Brücken

• MÜNCHEN, 18. November (Eigenbericht)

Wiederum liegt eine Fülle von Nachrichten aus allen Zonen über Auf- und Ausbau von Unternehmen vor. So hat die *Thyssen-AG.* in Berlin-Moabit die Brückenbauproduktion wieder aufgenommen. Aber auch Transportschlitten und Abputzhämmer für Ziegelsteine sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte werden hergestellt. — Die *Strahlauer Glashütte* Berlin hat den ersten Ausstoß von Glas (Fensterglas und Flaschen) vorgenommen. — Die *Thüringische Zellwolle-AG.* in Schwarza a. d. S. hofft, in Kürze 90 000 kg Zellwolle täglich zu produzieren. — Die Uhrenfabrik in Ruhla stellt täglich 500 Uhren her. — Die *Heliowatt-Werke*, Elektrizitäts-AG., Charlottenburg, bringen einen neuen Detektorapparat heraus, auch Volksempfänger sollen entwickelt werden. — Die *Hannoversche Maschinenbau-AG.* wird Traktoren (40-PS-Radschlepper) bauen; monatlich sollen 350 Traktoren hergestellt werden.

Finanzabkommen zwischen europäischen Staaten

• LONDON, 18. November (Eigenbericht)

Zwischen *Großbritannien* und der *Tschechoslowakei* wurde ein Finanzabkommen unterzeichnet, wonach Prag eine Anleihe von 13 Millionen Pfund Sterling erhält. Die Tschechoslowakei wird vor allem Waren einkaufen, die für den Wiederaufbau benötigt werden. — Zwischen *Holland* und *Schweden* ist ein Handels- und Zahlungsabkommen unterzeichnet worden. — Die *USA.* haben *Frankreich* eine Anleihe von 550 Mill. Dollar und eine von 55 Mill. Dollar an Belgien gegeben. — In Kopenhagen wurden Verhandlungen zwischen dem *dänischen* Landwirtschaftsminister und einem Vertreter des *britischen* Versorgungsministeriums abgeschlossen. Dänemark liefert mehrere tausend Rinder nach der britischen Besatzungszone; als Gegenlieferung erfolgt Kohle, Salz und Hopfen.

Der Großgrundbesitz in der USA.-Zone

• MÜNCHEN, 18. November (Eig. Ber.)

Der Rat der Ministerpräsidenten diskutierte kürzlich die Möglichkeit einer für die amerikanische Zone vorgeschlagenen Agrarreform, wonach aller Großgrundbesitz über 100 Hektar aufgeteilt werden soll. Im folgenden bringen wir das Ergebnis von Untersuchungen über den Anteil des Großgrundbesitzes über 100 Hektar an der Gesamtfläche in den Ländern der USA.-Zone.

*

In den Ländern der amerikanisch besetzten Zone beträgt der Anteil des Großgrundbesitzes über 100 Hektar nicht mehr als 4 v. H. der Gesamtfläche. Die nachfolgenden Ziffern zeigen die mittelbäuerliche Gliederung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse Süd- und Südwestdeutschlands. Von der landwirtschaftlich benutzten Fläche von 4,19 Mill. ha in Bayern entfallen auf Betriebe in Größe von unter 2 ha 3,1 v. H., 2 bis 5 ha 13 v. H., 5 bis 20 ha 54 v. H., 20 bis 50 ha und 50 bis 100 ha 25,6 v. H., über 100 ha 3 v. H. Württemberg: Landwirtschaftliche Fläche 1,07 Mill. ha. Hiervon entfallen auf Betriebe in Größe von zum Beispiel 5 bis 20 ha 50 v. H., 50 bis 100 ha 2,2 v. H., und über 100 ha 2,3 v. H. Baden, das eine Nutzfläche von 0,68 Mill. ha aufzuweisen hat, zeigt Betriebe über 100 ha mit 5,6 v. H. Hessen (0,39 Mill. ha) weist bei Betrieben über 100 ha 4 v. H. und die Provinz Hessen-Nassau (0,75 Mill. ha) 6,6 v. H. auf.

Zum Prozeß gegen die Wachmannschaften von Dachau. Die Angeklagten bei der Verlesung der Anklageschrift. — Die Angeklagten auf der Anklagebank. (Siehe unseren Bericht auf Seite 3)

Der Mangel an Lehrlingen

Besorgnisse maßgebender Kreise — Gehilfenprüfung als Ersatz für Praktikum

NZ MÜNCHEN, 18. November

(Dies ist der zweite Bericht über die neuen Wege der Berufsausbildung. Unsere Korrespondenten berichten im Nachstehenden von weiteren Kursen, die den Notwendigkeiten einer schnellen und auf die Bedürfnisse des heutigen Deutschland abgestellten Berufsausbildung hinarbeiten. Anschließend finden unsere Leser eine Untersuchung über die Frage der Ausbildung für das Handwerk und das Lehrlingsproblem.)

*

Das Arbeitsamt der Stadt *Chemnitz* (russische Zone) hat in Zusammenarbeit mit den Freien Gewerkschaften und den Handwerkerinnungen gleichfalls die Umschulung von Arbeitskräften in Angriff genommen. 700 Arbeiter befinden sich augenblicklich in Ausbildung, und die bisherigen Erfahrungen haben das Arbeitsamt veranlaßt, dieses Vorhaben auf noch breiterer Basis durchzuführen.

Die Gendarmerieschule in *Spitzingsee* (amerikanische Zone), in der Beamte zur Übernahme der durch die Säuberung frei gewordenen Polizeistellen ausgebildet werden, wurde den deutschen Zivilbehörden übergeben. Der erste, acht Wochen dauernde Kurs begann am 3. Oktober. Die amerikanische Zone Deutschlands wird bis Mitte November über vierzehn große Polizeischulen verfügen, die Anwärter für den Polizeidienst ausbilden werden. Außer an zwei in Stuttgart eröffneten Schulen werden weitere Ausbildungskurse in *Marburg, Wiesbaden, Kassel, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, München, Würzburg, Ansbach* und *Bergeld* abgehalten.

In *Wiesbaden* (amerikanische Zone) beginnen zwei Schulen mit dem Unterrich. zur Ausbildung von Krankenpflegepersonal.

In *Leipzig* (russische Zone) hat die *Tierärztliche* Hochschule und die *Landwirtschaftliche* Fakultät der Universität in diesen Tagen ihren Unterricht wieder aufgenommen. Die Staatliche Schiffs- und Maschinenbauschule in *Kiel* (englische Zone) hat gleichfalls wieder mit ihrer Unterrichtstätigkeit begonnen. Wegen der Kriegsschäden an den Kieler Schulgebäuden wird die Schiffs- und Maschinenbauschule ihren Unterricht im ersten Semester nach *Flensburg* (englische Zone) verlegen. Die Raumverhältnisse machen es notwendig, die Zahl der zugelassenen Studenten einzuschränken. Für das erste Semester wurden drei Parallelklassen und eine Vorklasse eingerichtet. Alle Studierenden, gleichgültig ob sie Abitur, mittlere Reife oder Volksschulabschluß haben, müssen eine Eignungsprüfung ablegen. Der Lehrplan selbst soll der Praxis dienen und wird sich auf die Bedürfnisse der deutschen Industrie in der nächsten Zeit einstellen.

In *Augsburg* (amerikanische Zone) ist eine Berufsschule eröffnet worden, in der Kurse im Haushaltwesen, Handel und Gewerbe abgehalten werden.

In *Frankfurt* (amerikanische Zone) wurde eine *Feuerwehr-* und Feuerschutzschule zur Ausbildung von Feuerwehrleuten errichtet.

Von verschiedenen Elektrizitätswerken, insbesondere in *Bayern*, sind Lehrkurse für Elektrotechniker eingerichtet worden.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu erfahren, daß die Lernwilligkeit der Jugend nicht immer so groß ist, wie man dies erwarten möchte, und daß es insbesondere sehr schwer ist, Lehrlinge für bestimmte Berufe zu finden. In einem Gespräch mit unserem Mitarbeiter appelliert der Vizepräsident der Münchener Handwerkskammer, *Dr. Gruber*, an die Jugend, die er hofft davon zu überzeugen, daß das Handwerk wirklich die besten Berufsaussichten besitze. Um den jungen Leuten den richtigen Anreiz zu geben, sind verschiedene Maßnahmen in die Wege geleitet worden. „Wir haben", so erklärte Dr. Gruber, „bei der Regierung die *Erhöhung der bisherigen Tariflöhne im Baugewerbe* vorgeschlagen, haben die Arbeitsämter gebeten, das Bauhandwerk besonders zu berücksichtigen und haben auch eine Umschulung im großen Stil vorbereitet. Ältere Leute, die ins Baugewerbe gehen, bringen mehr Lebensernst mit als der vierzehnjährige Lehrling, und wir ermöglichen daher dem sogenannten *‚Altlehrling'* eine *verkürzte* Lehrzeit. Er wird dann wahrscheinlich schon in zwei Jahren Meister werden können und hat Aussicht auf eine günstige soziale Stellung. Während der Lehrzeit erhält er in den meisten Fällen die Entlohnung eines Hilfsarbeiters."

Der Geschäftsführer des Innungsverbandes der Bauhandwerker, Dr. *Feichtmayer*, teilte uns zu diesem Gegenstand das Folgende mit: „Vorläufig fehlt es noch an Baumaterial, so daß sich in diesem Winter noch Mangel an Arbeitskräften mit dem Mangel an Baumaterial die Waage halten. Wir werden den Nachwuchs daher aus sogenannten ‚Lehrhöfen', aber auch mit eigenen Fachschulen, heranbilden. Einige Baufirmen haben schon von sich aus mit solchen Aktionen begonnen. Nach einem Jahr der Lehrlingszeit wird der Schüler zur Gehilfenprüfung antreten können. Im ersten halben Jahr wird die Entlohnung 79 Pfennig pro Stunde, im zweiten halben Jahr 87 Pfennig pro Stunde betragen. Nach einem Jahr wird derjenige, der die Umschulung mitmacht, vielleicht schon als Vorarbeiter einen Stundenlohn von 1,05 RM. beziehen können. Er hat dann Aussicht, Maurer, Hilfspolier oder Bauführer werden zu können."

Die Umschulung, beziehungsweise Berufsausbildung, erfolgt in vielen Fällen parallel mit der Hochschulbildung. Frau Regierungsoberinspektor *Birnbach* von der Berufsberatung des Landesarbeitsamtes München erzählte unserem Korrespondenten von einem Studenten der Technik, der gleichzeitig als Handwerker am Bau arbeitet, und sie bezeichnete diese Handlung als durchaus ratsam, denn die Gehilfenprüfung im Handwerk wird an den Hochschulen als *Ersatz für das Praktikum* voll eingerechnet.

Aus allen Zonen

Amerikanische Zone:

FRANKFURT. — Fast 97 v. H. all der Geistlichen, deren politische Vergangenheit im Zuge der Säuberung von Nationalsozialisten von der Abteilung für religiöse Angelegenheiten der amerikanischen Militärregierung überprüft wurde, sind politisch einwandfrei.

MÜNCHEN. — Am 17. November hat im Rathaus von Garmisch-Partenkirchen eine Tagung von Vertretern der bayerischen lizenzierten Zeitungen begonnen, an der auch Offiziere der Pressekontrollabteilung der amerikanischen Militärregierung teilnehmen.

FRANKFURT. — Der polnische Verbindungsoffizier bei der amerikanischen Militärregierung hat bekanntgegeben, daß alle Polen, die in der amerikanischen Zone Deutschlands wohnen, Gelegenheit haben, noch vor dem 1. Dezember nach Polen zurückzukehren. Die D- und Eilzüge, mit denen die Heimkehrer befördert werden, fahren durch die Tschechoslowakei bis in die Nähe von Kattowitz. Mit Ausnahme von Waffen, Munition und brennendem oder ätzendem Material darf aller Privatbesitz, auch rechtmäßig erworbenes Geld ausländischer Währung, mitgenommen werden. Die Behörden der amerikanischen Zone teilen Verpflegung für die Reise und sieben weitere Tage aus. Für die nach Frankreich und Belgien verschleppten Polen werden ebenfalls Züge bereitgestellt werden.

FRANKFURT. — Über die Mitgliederzahl der verschiedenen politischen Parteien in Frankfurt wird berichtet, daß die Sozialdemokraten 5500, die Kommunisten 1675, die christlich-demokratische und die liberal-demokratische Partei aber weniger als je 100 Mitglieder haben.

Französische Zone:

BADEN-BADEN. — Auch in der französischen Zone sollen, wie jetzt mitgeteilt wird, deutsche politische Parteien zugelassen werden. Vor allem sollen die katholischen, kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien wieder aufgebaut werden.

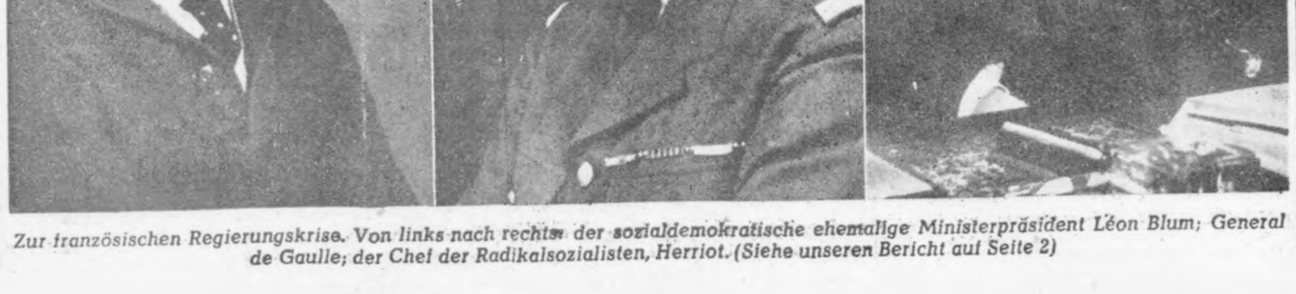
MAINZ. — In der Rheinallee in Mainz hat ein einstürzendes Schulgebäude 31 Kinder und deren Lehrerin unter den Trümmern begraben. 10 Verletzte und 18 Tote wurden von einem rasch organisierten Rettungsdienst geborgen, zu dem deutsche Kriegsgefangene, amerikanische Brückenbaupioniere und französisches Militär herangezogen worden sind. Auf Anordnung einer Kommission der französischen Militärregierung und deutscher Bauingenieure hatten bereits 13 Klassen mit über 500 Schülern das bombenbeschädigte Schulhaus geräumt. Die letzte Klasse wollte gerade umziehen, als das Gebäude einstürzte.

Stadt Berlin:

BERLIN. — Das Amt für Wiederaufbau der amerikanischen Militärregierung in Berlin gibt bekannt, daß im amerikanischen Sektor von Berlin die benötigten Unterkünfte für die deutsche Bevölkerung und die Besetzungstruppen einen Monat früher als vorgesehen fertiggestellt sein werden. Ein Mindestmaß an Wohnräumen ist sichergestellt.

BERLIN. — In Wilmersdorf hat die britische Polizei den ehemaligen deutschen Schwergewichts-Boxmeister und SS.-Unterscharführer Heinz Seiler verhaftet. Seiler wird unter anderem der Diebstahl eines holländischen Gemäldes im Werte von 25 000 Pfund Sterling zur Last gelegt.

BERLIN. — Auf Befehl Marschall Zhukows werden die russischen Besetzungsbehörden 780 000 Quadratmeter Glas in die russische Zone von Berlin liefern. Ein Teil der Sendung, der in erster Linie in Krankenhäusern und Schulen Verwendung finden soll, wird für die nächsten Tage erwartete.



Zur französischen Regierungskrise. Von links nach rechts: der sozialdemokratische ehemalige Ministerpräsident Léon Blum; General de Gaulle; der Chef der Radikalsozialisten, Herriot. (Siehe unseren Bericht auf Seite 2)

SPORT

Sensationserfolg der Russen

NZ CARDIFF, 18. November

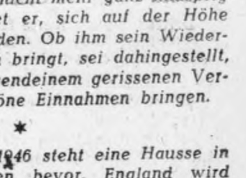
Nach dem ehrenvollen Unentschieden, das die Moskauer Meistermannschaft „Dynamo" in der Vorwoche in London gegen Chelsea erzielte (3:3), wurde das gestrige zweite Gastspiel in Cardiff mit großer Spannung erwartet. Die Russen errangen einen sensationellen Sieg und schlugen Cardiff 10:1. Die Stürmer Dynamos zeigten diesmal, im Gegensatz zu ihrem ersten Auftreten, großes Schußvermögen. Die Gegenwirkung der Cardiff-Mannschaft war allerdings eine weit schwächere.

Sportglossen

Die internationale Welt des Sports erwacht zu neuem Leben. Die großen Verbände planen und erwägen, sie bereiten ihre Tagungen vor, oder haben sogar schon „getagt". Zu den letzteren gehört die internationale Fußballvereinigung, die F.I.F.A., die kürzlich in Zürich zusammentrat. Man kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland nicht mehr als Mitglied anzusehen sei, da der deutsche Fußballbund nach dem Zusammenbruch des Nazireiches zu bestehen aufgehört habe. Dr. G. Mauro (Italien) und Dr. F. J. Bauwens (Köln), zwei ehemals führende Funktionäre der Fifa, wurden ausgeschlossen. Hier, wie auf anderen Gebieten, wird sich Deutschland die Wiederaufnahme in die Völkerfamilie erst wieder zu verdienen haben . . .

*

Große, weltumfassende Wettbewerbe sind wieder im Werden. England renoviert sein berühmtes Stadion in Wimbledon, den Schauplatz so vieler unvergeßlicher klassischer Tenniskämpfe. Schon sind die „Ticket-Jäger" wieder am Werk. Im Sekretariat von Wimbledon laufen jetzt schon Karten-Vormerkungen für die Turniere 1946 und sogar 1947 ein. Die Londoner Tennis-Enthusiasten haben ihre Erfahrungen und wissen: man kann nicht vorsorglich genug sein. — Die Frage der Olympischen Spiele ist neuerlich aufgetaucht und die Stimmen, die für ein Londoner Olympia 1948 eintreten, mehren sich jetzt auch in England. Und noch ein anderer klassischer Wettbewerb soll auferstehen, die Tour de France, das Marathon der Radfahrer, die im Sommer 1946 wieder auf ihre 4000 km lange Reise Paris—Paris gehen sollen. Zur Freude der radfahrbegeisterten Franzosen und der reklamebedürftigen Fahrradfabrikanten.



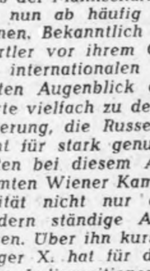
*

Primo Carnera, der überdimensionale italienische Boxer, der es sogar einmal zu einem Weltmeistertitel gebracht hat, will wieder kämpfen. Obwohl er nicht mehr ganz knusprig sein dürfte, behauptet er, sich auf der Höhe seiner Form zu befinden. Ob ihm sein Wiederauftreten neue Ehren bringt, sei dahingestellt, sicherlich wird es irgendeinem gerissenen Veranstalter wieder schöne Einnahmen bringen.

*

Für das Frühjahr 1946 steht eine Hausse in Fußball-Länderkämpfen bevor. England wird Frankreich, Schweiz, Belgien und Dänemark zum Gegner haben, die Schweizer fühlen sich sogar stark genug, zu diesem Zweck nach London zu gehen. Auch der österreichische Fußballverband versucht, seine ersten internationalen Spiele abzuschließen. Sein Präsident, Staatsanwalt Dr. Josef Gerö, der lange im Konzentrationslager saß, ist jetzt Justizminister geworden. Aber seine alte Liebe zum Fußball ist nicht gerostet, und es mag ihm gelingen, jene internationalen Beziehungen wieder aufzufrischen, die das kleine, aber als Fußball-Land große Österreich vor dem Krieg in so reichem Maße besaß.

*



Rußlands erfolgreiches Fußball-Debut, das glänzende Spiel, das der Moskauer Meister Dynamo in London geliefert hat, deutet darauf hin, daß man im internationalen Sportgetriebe mit den Vertretern der Sowjetunion von nun ab stark zu rechnen haben wird. Solch neue, qualitativ hochstehende Konkurrenz kann nur allen willkommen sein. Dynamos Stil ist jenem des alten Wiener Wunderteams ähnlich: viel taktisches Verständnis, viel „Fußball-Schach" und wenig Schußvermögen. Der Tormann Khomitsch, der rechte Verteidiger Radikorsky — ein Riese an Gestalt —, der Mittelläufer Semitschastny und die Stürmer Archagelski und Khartsev sind die Stars der Mannschaft. Man wird diesen Namen von nun ab häufig in den Sportrubriken begegnen. Bekanntlich haben sich die russischen Sportler vor ihrem Gastspiel in England einigen internationalen Verpflichtungen im allerletzten Augenblick entzogen. Dieser Umstand führte vielfach zu der etwas voreiligen Schlußfolgerung, die Russen hielten sich doch noch nicht für stark genug. Boshafte Kritiker erinnerten bei diesem Anlaß sogar an jenen berühmten Wiener Kammersänger X., dessen Spezialität nicht nur ein schmelzendes Falsett, sondern ständige Absagen wegen Heiserkeit waren. Über ihn kursierte das Wort: „Kammersänger X. hat für die nächsten drei Wochen seine Indispositionen bereits getroffen." Nein, mit den russischen Sportlern ist das anders. Sie haben in London und insbesondere gestern in Cardiff gezeigt, daß sie doch nicht so leicht heiser werden.

a. st.

„DIE NEUE ZEITUNG." Herausgegeben im Verlag der amerikanischen Armee. Einzige deutschsprachige Zeitung, die in allen Teilen des von USA.-Truppen besetzten Gebietes verbreitet wird. Niederlassungen in allen wichtigen Städten der USA.-Zone. Redaktion und Druck: München, Schellingstraße 39. Nicht verlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Die „Neue Zeitung" veröffentlicht keine Inserate oder Kleine Anzeigen. — Artikel, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors, nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Erscheint zweimal wöchentlich.

H-2523

B. v. Sch.

№ 123
Seite 192

Schirach 123

„Die Neue Zeitung"

Eisenhower-Rede.

Filed.
May 28, 1946.

H2523 – 0008